

Holzzeitung

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG

Volksaushorchung 87

**Nur Schafe
werden
gezählt!**



Kohlepolitik:

Importkohle aus Südafrika

Kohle-Resolution im Rat

Grüne Kohlepolitik

Vetternwirtschaft

bei Blumenthal



Altstadtschmiede:

Unsere Antwort

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Immer das Gleiche! Für die Mai-Ausgabe weiß ich nie so recht, was ich schreiben soll. Ich will ja nicht jedes Jahr dasselbe schreiben. Na, ja!

Gespannt bin ich, ob es auch diesem Jahr wieder einen "alternativen" Block bei der 1. Mai-Demo geben wird, der sich mit einem etwas aktuelleren Thema beschäftigt.

Ansonsten wird ja wieder alles beim Alten bleiben, außer der Tatsache, daß es bestimmten Gruppen immer schwerer gemacht wird, beim Kulturvolksfest im Ruhrfestspielhaus eine Standgenehmigung zu bekommen. Dies mußte das "Umweltzentrum" in Münster feststellen. Pressesprecher Isenmeyer bei den Ruhrfestspielen meinte, im letzten Jahr hätte die Gruppe zu viele Probleme verursacht. Merkwürdig: Im letzten Jahr war das "Umweltzentrum" gar nicht auf dem 1. Mai vertreten!

Wie ich der "Recklinghäuser Zeitung" vom 16.4. entnehmen mußte, wird uns das angedrohte Bußgeldverfahren wegen "Aufrufs zum Volkszählungsboykott" doch nicht ereilen. Gegen die Zeitung "Grünzeug" der Dattelner GRÜNEN wurde jedenfalls ein Bußgeldverfahren eingeleitet, kein Wunder, da hat der Major d.R. Niggemeier auch mehr politische Macht.

„Nur Schafe lassen sich zählen“, heißt es auch in diesem Heft und ich hoffe, in der Juni-Ausgabe berichten zu können, daß die Volkszählung "durchgefallen" ist.

*Mit vielen lieben - aber ungezählten - Grüßen
Euer Hebbert*

Die Kohle auf Talfahrt

"Krise" ist das Schlagwort im Ruhrgebiet. Während die CDU auf der Atomkraftschiff fährt, die SPD sich nicht so recht entscheiden kann zwischen Kohle und Atom, hat sich Karl Mezek mit der Kohlepolitik der GRÜNEN auseinandergesetzt. Sein kritischer Artikel "Zuckerbrot und Peitsche" beginnt auf

Seite 32

**Volksaus-
horchung
"10 Minuten,
die Sie noch
bereuen
werden!"**

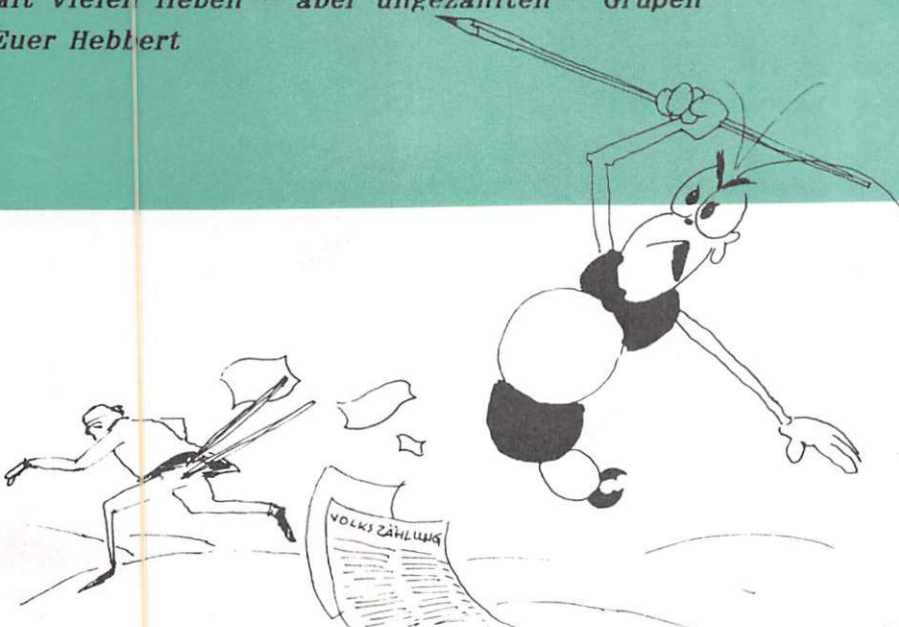
Jetzt wird es ernst! Bald werden die Zähler von Haus zu Haus tingeln, und versuchen die Fragebögen, an Mann oder Frau zu bringen.

Aus diesem Anlaß widmet der HOLZWURM diesem Thema ganze acht Seiten. Alle, die sich schon für eine bestimmte Verhaltensweise entschieden haben, und die noch Informationen benötigen, finden sie ab

Seite 8

Die Kohleresolution im Rat der Stadt Recklinghausen zeichnet sich dadurch aus, daß die Recklinghäuser SPD von den Nürnberger Beschlüssen zur Atompolitik noch nichts gehört zu haben scheint. "SPD und CDU - ein Herz und eine Seele" ab

Seite 36



INHALT

Antwort an die Altstadt schmiede

Auf einen Artikel in unserer März-Ausgabe reagierte die Altstadt schmiede mit einem Leserbrief, der in der letzten Ausgabe zu lesen war. Die Antwort auf die Vorwürfe und die Polemiken findet Ihr ab
Seite 44



NUR FÜR ALTP...

EXHIBITION
Volkszählungsboykott
INFORMATIONEN
HINTERGRÜNDE
WIDERSTAND
Auf was kann man nicht zahlen!

CONTAINER STRANGHÖNER MÜPA 02366/35084

■ Volkszählung ■
Volksaushorchung: 10 Minuten, die Sie bereuen werden. 8

■ Frieden ■
Patriot - eine Rakete, die uns teuer zu stehen kommt 16
Ostermarsch 19

■ Lokalgeschichte ■
Serie Recklinghausens "andere" Geschichte: Die Revolution 1830 und 1848/49 20

■ Satire ■
Provinznachrichten 23

■ Regionalpolitik ■
SPD-Parteitag des Unterbezirks wirft seine Schatten voraus 26

■ Frauen ■
Wie fortschrittlich ist Frau Süßmuth? 28
Frauenportrait: Constance Markievitz 30

■ Kohlepolitik ■
Zuckerbrot und Peitsche: Das Chaos der grünen Kohlepolitik 32
Kohleresolution: SPD und CDU - eine Herz und eine Seele 36

■ Ausländer ■
Von der Kunst zu studieren, wenn Du nicht in Deutschland geboren bist 35

■ Bleiwüste ■
Sind die Naturwissenschaften verantwortungslos? 42

■ Altstadt schmiede ■
Offener Brief, Betr. Leserbrief in unser Aprilausgabe 44

■ Rubriken ■
Magazin 4
Kleinanzeigen 31
Impressum 38
Feste Termine/Adressen 47
Aktuelle Termine 48



TREFFPUNKT BUCH
Michael van Ahlen
Heilige-Geist-Straße 5
4350 Recklinghausen
Tel. (02361) 181137

MAGAZIN

Wolframs Erbe

Auf seiner 30. Sitzung befaßte sich der Bauausschuß des Rates der Stadt Recklinghausen mit Instandhaltungsmaßnahmen an Recklinghäuser Schulen. Es ist ja allseits bekannt, in welchem bedauerlichem Zustand sich diese befinden. An der Kollegscheule sollen deshalb für fast 1,68 Millionen DM die Fenster erneuert werden.

Der bedauerliche Zustand der Recklinghäuser Schulen ist noch ein Erbe der Wolfram-Ara. Geld für teure Objekte, wie z.B. den Rathausvorplatz, und für hohe Repräsentationskosten wurden zum Fenster hinausgeworfen, während man an der Instandhaltung der Schulen sparte. Das Hochbauamt gab z.B. Aufträge an Maler, in Klassenräumen nur eine Wand zu streichen. Defekte Türklinken werden zur Zeit überhaupt nicht repariert.

Eine Folge der Wolframpolitik ist auch der hohe Kostenanteil, der für die Erneuerung der Fenster an der Kollegscheule entsteht. Aber daß dafür fast 1,7 Millionen DM ausgegeben werden müssen, ist ein Hohn und auch nicht notwendig. Die Mitglieder des Bauausschusses gaben sich mit der etwas dürftigen Erklärung des Hochbauamtes zufrieden, daß es wegen der Höhenlage des Gebäudes unbedingt Aluminiumfenster sein müßten. Ein Blick auf Gebäude mit der gleichen Höhenlage, gleich auf der anderen Straßenseite, hätte sie jedoch eines besseren belehren können. Dort wurden vor einigen Jahren Mietwohnungen aus dem Bergarbeiterwohnungsprogramm mit wesentlich weniger Kostenaufwand renoviert. Auch heute sind die damals verwendeten Kunststofffenster wesentlich billiger als die geplanten Alufenster,

die für die Kunibergschule vorgesehen sind. (Alu und Plastik sind beide nicht das Gelbe vom Ei; d.S.) Unsere Lokalpolitiker stimmten dieser Luxusrenovierung zu, weil sich unter der Schule der Kreisbefehlsbunker für den Kriegsfall befindet und Pezely und Marmulla sich auf ihrer



Wolfram ... den richtigen Hut für Bayern hat er schon länger

letzten Dienstfahrt noch einen schönen Anblick der Schule verschaffen wollen.

Die Kosten von fast 1,7 Mill. DM tragen natürlich die Bürger der Stadt Recklinghausen. Welche Firma soll denn da saniert werden? Es wundert den aufmerksamen Beobachter, wie intensiv die

Mitglieder des Bauausschusses über Kosten unter 30.000 DM diskutieren, während Millionenbeträge mit Leichtigkeit über den Tisch gehen, trotz Sparhaushalt und Ausgabestopp in vielen Bereichen.

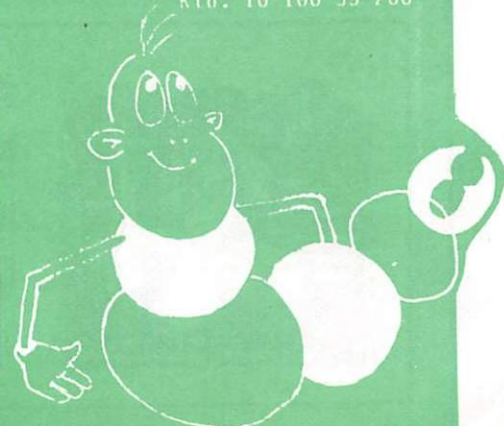
Erich Wolfram zieht nach Bayern

E. Marschewski und L. Hegemann (beide CDU) setzten sich dafür ein, daß der alte Teufkübel von "König Ludwig" vor das Bundeshaus kam. Ein anderes Wahrzeichen des Bergbaus in Recklinghausen, der ehemalige Betriebsdirektor von "König-Ludwig", Erich Wolfram, weilt ja nicht mehr in der Bundeshauptstadt. Er ist unterwegs nach Bayern und an den Starnberger See, wo andere Prominente mit "Kohle" wohnen. Wolfram soll in Bayern die Leitung eines Public Relation-Büros der Ruhrkohle übernehmen.

Holzmann

Münsterstr. 2a
4350 Recklinghausen
te.: 02361/ 15698

Bankverbindung
Bank für Gemeinwirtschaft
BLZ 426 101 12
Kto. 10 100 55 200



Informations- zentrum Umwelt- und Naturschutz e.V.

Das IUN-Informationszentrum für Umwelt- und Naturschutz e.V. plant nach der inzwischen recht erfolgreich angelaufenen Herausgabe der "Umwelt-Tips" eine unregelmäßig erscheinende Zeitschrift, den IUN-Rundbrief, der in erster Linie für die Mitglieder, aber auch für andere Interessierte gedacht ist.

Themen des ersten Rundbriefes werden die Giftmüll-



verbrennung im Kreis Recklinghausen und andernorts, die Nordwanderung der Kohle und Atrazin sein. Daneben wird über einige Projekte des IUN informiert, z.B. über die Renaturierung der Quelle des Silvertbaches in Oer-Erkenschwick.

Die IUN führt 1987 weitere Betriebsbesichtigungen in umweltrelevanten Betrieben durch. Auf der Besuchsliste stehen die Essener Kokerei "Zollverein", die "Phenolchemie" (Gladbeck) die MÜPA (Altstoffhandel, Glasrecycling). Interessierte können die genauen Termine über Telefon (02361/492696) erfragen.

Drei Wochen Jugendarrest wegen Nötigung

Zu drei Wochen Jugendarrest wurde kürzlich eine Punkerin verurteilt. Ihr wurde zur Last gelegt, Jugendliche gezwungen zu haben, Embleme von ihren Jacken zu entfernen. Der Vorwurf des schweren Raubes der Jacken mußte fallengelassen werden.

Zur Vorgeschichte: Am 17. Oktober 1986 schossen neo-nazistische Jugendliche der Gruppe "die Bomber" während einer Redaktionssitzung des HOLZWURMS mit einer Stahlkugel die Fensterscheiben der HOLZWURM-Redaktion ein. Nur durch Zufall wurde kein Redaktionsmitarbeiter verletzt.

Einige der Faschisten, die sich zu dem Zeitpunkt zahlreich in der Innenstadt aufhielten, konnten gestellt werden. Sie hatten sogenannte Bomberjacken an, die mit faschistischen Emblemen übersät waren.

Die nun verurteilte Punkerin (so wurde ihr vorgeworfen) soll zwei der gestellten Neonazis gezwungen haben,

die faschistischen Embleme zu entfernen - was, so der Richter, der Nötigung entspricht. Der ursprüngliche Vorwurf des schweren Raubes der Bomberjacken durch die Punkerin erwies sich als haltlos.

Übrigens hatte der Vorfall nach Meinung des Richters Fluck keinen politischen Hintergrund!

■ ■ ■

Die Katastrophe ist alltäglich: Aktionstag gegen KWU/Siemens

Der 2. Mai wurde zum bundesweiten Aktionstag gegen die KWU/Siemens erkoren. Sie ist der Generalunternehmer



für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Um den Widerstand nicht auf die Standorte von AKW's zu beschränken rufen eine Reihe von Organisationen zu einer Demonstration am 2. Mai in Mühlheim/Ruhr auf.

Innerhalb dieser Kampagne fanden im April schon Veranstaltungen in anderen Städten (z.B. Dortmund, Gelsenkirchen) statt.

Weitere Informationen sind über die Telefonnummer 0208/380590 erhältlich, genaue Termine werden auch in der "TAZ" veröffentlicht.

■ ■ ■



MAGAZIN

Tagung zur Bergbau-Ent- wicklung

Das Ruhrgebiet steht vor einem neuen Krisenschub. Stahlindustrie und Bergbau haben weiteren Abbau von Produktionskapazitäten und Arbeitsplätzen angekündigt. Einzelbetriebe, Zechen, ja ganze traditionelle Standorte der Montanindustrie werden betroffen sein. Die Branchenkrise der Stahlindustrie verschärft die Absatzprobleme des Bergbaus, beide Teilkrisen im industriellen Schlüssel-sektor der Region - bisher nacheinander verlaufend - verschmelzen zu einem Krisenschub.

Vor diesem Hintergrund geht vom "Bergarbeitertreffen Ruhrgebiet" die Initiative zur Tagung "Regionalkrise im Ruhrgebiet und die Entwick-

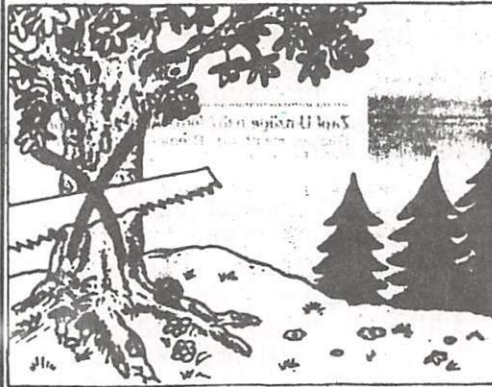


lungen im Bergbau" aus. Am 30. Mai sollen im Bürgerhaus Süd in Herten die mit der Nordwanderung des Ruhrkohlebergbaus verbundenen Fragen und Probleme erörtert werden.

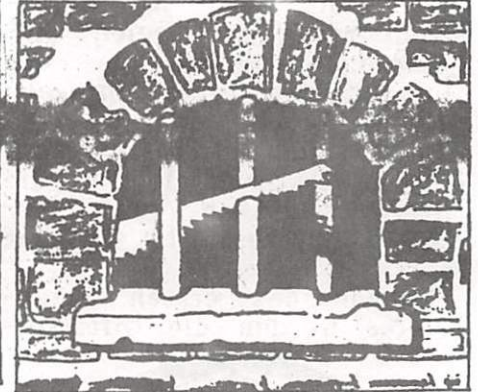
Der Beginn der Tagung ist um 10 Uhr. Ab 11 Uhr sind Arbeitsgruppen vorgesehen. Nach einer Pause und der Zusammenfassung ist für 16.30 eine Podiumsdiskussion vorgesehen.



Säge-Anleitung



falsch.



richtig.

Entzauberung des Computers

"Oder: Was kann so ein Ding, was kann es nicht?" lautet das Thema des Kurses den die Jugendvolkshochschule anbietet. An drei Tagen (Freitag, 8.5., 17-20.00 Uhr, Samstag, 9.5., 14.30-17.30 und Sonntag 10.5., 10-13.00) geht es um die herrschende Computereuphorie. Heute gilt für viele: Wer sich nicht mit dem Computer beschäftigt, hat später

keine beruflichen Aufstiegschancen. Das Wochenendseminar will den Fragen "Was ist eigentlich so ein Computer, was kann er, wo sind seine Grenzen?" und "Wie verhält sie der/die Einzelne dazu?" nachgehen. Das Orientierungsseminar mit praktischen Übungen am Computer findet im VHS-Haus, Herzogswall 17 statt und ist kostenlos.



Wiedereröffnungsfete im Frauzentrum

Frisch renoviert mit blütenweißem Anstrich will sich das Frauzentrum Recklinghausen vor allem in das Licht der weiblichen Öffentlichkeit setzen und alle Interessentinnen zur Wiedereröffnung am 9. Mai 1987, 15.00 Uhr ins Frauzentrum, Am Lohtor 1, einladen. Für alle zukünftigen Mitarbeiterinnen, für Frauen die mal rein-

schauen wollen, bieten wir Informationen über aktive Gruppen und geplante Veranstaltungen des Zentrums. Neben Schwoof, Bier, Kuchen, Kaffee hat das Frauzentrum ein kleines Programm für Kulturgelüste mit einer Liedersängerin und vielleicht den Schnepfen (Frauenkabarett Recklinghausen) zusammengestellt.



Balke wieder!

Als Axel Kempf von der Grünen Ratsfraktion zur Kohle-Resolution Stellung nahm und die Bedenken seiner Fraktion zur Formulierung "energiepolitischer Konsens" vortrug, konnte sich das SPD-Ratsmitglied Balke wieder mal nicht eines dümmlichen Kommentars enthalten: „Sollen wir etwa die Kohle grün anstreichen?“ Balke stellte damit mal wieder unter Beweis, daß er nicht in der Lage ist, sich mit sachlichen Argumenten auseinanderzusetzen. Ein typischer Recklinghäuser Stammtisch-Politiker!

■ ■ ■

Grüne Zeitung

Demnächst erscheint auch in Recklinghausen eine Grüne Zeitung. Die GRÜNEN gaben ihr den Namen "Klartext". In das Redaktionsteam wurden Rolf Becker, Uwe Rüding, Stefan Catier, Dietrich Stahlbaum und Dagmar Drows gewählt.

■ ■ ■

Die Aushöhlung des § 218 – Das neue Beratungsgesetz

Die Katze ist aus dem Sack – trotz aller Versprechungen vor den Wahlen, den § 218 nicht zu verschärfen, will sich die Union wieder einmal den langersehnten Wunsch erfüllen, den Paragraphen durch das neue Beratungsgesetz auszuhöhlen.

Pro-Familia-Vertreterinnen aus Recklinghausen und § 218-Fachfrauen informieren am 17. Mai 1987, 17.00 Uhr im Frauenzentrum über die geplanten Verschärfungen, deren Konsequenzen für die Frauen und politischer Hintergründe der Konservativen.

■ ■ ■

Einladung zum 1. Treffen des Recklinghäuser Frauenzentrums

Das Frauenzentrum Recklinghausen lädt alle bestehenden Frauengruppen aus Recklinghausen zu einem gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch über ihre Arbeit ein.

Der Grund dieser Einladung geht auf den mehrfach geäußerten Wunsch zurück, die Frauenarbeit in Recklinghausen besser zu koordinieren, und zu bestimmten Themen gemeinsame Initiativen bzw. Bündnisse zu entwickeln. Selbstverständlich sind alle interessierten, freischwebenden Frauen am 13. Mai 1987 um 19.30 Uhr ins Frauenzentrum eingeladen.

■ ■ ■

Sobald das Geld im Kasten klingelt, die Seele aus dem Fegefeuer in den Himmel springt!



Verkaufsstellen des Holzwurms in Recklinghausen

Buchhandlungen:

Attatroll.....Ecke Herner Str./Paulusstr.
 Bahnhofsbuchhandlung.....Hauptbahnhof
 Streubel.....Kunibertstr. 30
 van Ahlen.....Heilig-Geist-Straße
 Winkelmann.....Steinstr. 2

Kneipen:

Acht - Acht.....Königswall
 Drübelken.....Münsterstr. 5
 Flexi.....Schulstr. 85

Kioske:

C. Sonntag.....Oerweg 45
 Venzke.....Dortmunder Str. 29
 Z Z Z.....Breite Str.

Sonstige:

Altstadtschmiede.....Kellerstr. 10
 Naturkostladen Sonnenblume.....Springstr. 2
 Naturkostladen Wurzel.....König-Ludwig-Str. 24
 Cafe Stube.....Oerweg 4

VOLKSAUSFORSCHUNG

Am 25. Mai ist Stichtag für die "Volkszählung 1987". Auch in Recklinghausen regt sich der Widerstand gegen die staatliche Aushorchung. Die Gegner der Volkszählung haben sich wie in vielen anderen Städten in einer Volkszählungsboykottinitiative zusammengeschlossen. Mit Flugblättern und Informationsständen wird die Bevölkerung sowohl über die Gefahren und Hintergründe der Volkszählung, als auch über die Boykott-Möglichkeiten informiert.

Eine Veranstaltung im Kolpinghaus, die den selben Zweck dienen sollte, war sehr gut besucht. Über 250 Menschen drängelten sich in den Saal. Wäre da nicht noch die Übertragung eines Fußball-Europapokalspieles gewesen, die Gaststätte wäre vermutlich aus allen Nähten geplatzt. Dieser Erfolg spornte an, weitere Informationsveranstaltungen sollen folgen.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir Auszüge der Vorträge, die auf der Veranstaltung im Kolpinghaus gehalten wurden. Und wir dokumentieren ein Informationsblatt der Vobo-Initiative, indem ausführlich auf das konkrete Verhalten beim Boykott und den rechtlichen Aspekten eingegangen wird.

10 Minuten



Bedeutung und Folgen der Volkszählung

Die Volkszählung '87 ist der Versuch, - aufbauend auf bestehende Datensysteme - die Verdatung der Republik weiter fortzuführen. Die Benutzung der EDV zur Erfassung von Daten und damit zur Kontrolle begann 1961 im Arbeitsbereich. Darauf erfolgte über die Vergabe von Sozialversicherungsnummern und Vereinheitlichung der Anmelde- und Abmeldeverfahren die Errichtung der größten und genauesten Datenband der BRD, der Datenstelle der Rentenversicherer in Würzburg mit 45 Millionen abgespeicherten Personen auf 75 Millionen Datensätzen.

Weitere Datenbanken befinden sich beim Arbeitsamt mit



dafür eingesetzt, die Interessen der herrschenden durchzusetzen. Als wichtiger Schritt ist hier auch das Melderechtsrahmengesetz von 1981 anzusehen. Hier wird die Datenerfassung bundesweit

Vereinheitlichung durch gleichzeitiges Erfassen und Abspeichern aller Personen als Datensätze, anzusehen. Damit bildet sie die Grundlage für weitere Verknüpfungen der Daten und für neue

die Sie

bereuen werden!

30 Millionen Datensätzen, bei der Fahrzeughalterdatei in Flensburg mit 20 Millionen Datensätzen, bei den Sicherheitsbehörden und in der privaten Wirtschaft.

Ein Beispiel für die Wichtigkeit der bestehenden Dateien, ist die Benutzung der Daten über ihren eigentlichen Erfassungszweck hinaus für andere Zwecke. Das Flensburger Register wird mittlerweile als Bundesadressregister von der Polizei genutzt; die Daten der Stromkunden werden innerhalb der Rasterfahndung nach bestimmten Auffälligkeiten untersucht.

Die bestehenden Datenbanken werden also zunehmend

vereinheitlicht und der Meldezwang eingeführt. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte die Abspeicherung der Meldedaten auf EDV-Anlagen.

Der "Nachteil" aller bestehenden Datensammlungen besteht darin, daß sie immer nur einen Ausschnitt aus der Gesellschaft abbilden. So werden in der Rentenversicherer-Datei nur 75 Prozent der Erwerbstätigen erfaßt. Außerdem sind die Daten nach unterschiedlichen Ordnungsmerkmalen abgespeichert. Das erschwert die Verknüpfung der bestehenden Datenbanken.

Die Volkszählung ist hier als wichtiger Schritt zur

Erhebungen.

Ein weiterer Aspekt der Volkszählung ist die umfassende Abbildung der sozialen Bezüge auf unterer Ebene. Obwohl die Fragen des Personenbogens für sich erstmalig banal wirken, ergeben die drei Erfassungen der Volkszählung ein genaues Abbild der Bewohner einer Straße zwischen zwei Einmündungen. Dies wird als Block in einem Datensatz abgespeichert.

Die Volkszählung 1983 wurde vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben. Als Folge des Urteils ist der Melderegisterabgleich bei der jetzigen Zählung nicht mehr vorgesehen. Gleichwohl kann

bei EDV-Aufbereitung der Fragebögen eine Liste der falschgemeldeten Personen ohne großen Aufwand erstellt werden, und dann zurück ans Meldeamt gelangen. Die Programme der EDV-Anlagen sind nicht veröffentlicht, so daß eine Kontrolle unmöglich ist.

Die zweite angeblich wichtige Veränderung zur Volkszählung 1983 ist die faktische Anonymität der Daten. Dafür ist der alte Bogen in zwei Teile aufgeteilt worden. Der Haushaltsmantelbogen mit Name und Anschrift der im Haushalt lebenden Personen und dem Personenbogen mit den eigentlichen Fragen.

Beide Bögen sind durch Nummern miteinander verknüpft. Diese Nummern werden bei der Abspeicherung mit gespeichert und sollen später durch andere Nummer unabhängig von der ersten ersetzt werden. Fraglich ist, ob diese Verfahrensweise nicht umgekehrt durchgeführt werden kann und damit von der Nummer auf eine konkrete Person zurückgeschlossen werden kann.

Auch ohne diese Möglichkeit bleibt die Reidentifizierung der Personen durch die Ab-



baukollektiv

Maurerleute, Zimmerleute
und ein Vagabund ...

- ★ Altbauusanierung
- ★ Neu-, An- und Umbauten
- ★ Baubiologie

betrieb in selbstverwaltung
ulmenstr. 17
4350 recklinghausen
tel.: 02361 - 36774

speicherung der Daten auf Blockebene mit wenigen Merkmalen möglich. Versuche einer Hamburger Informatikstudentin haben gezeigt, daß fast alle der 100.000 Personen dieses Versuchs durch wenige Merkmale identifizierbar waren.

Die faktische Anonymität erweist sich als Farce: Nur leere Bögen sind sichere Bögen!

Das Statistische Bundesamt benennt folgende Ziele für das Sammeln von Daten und Erstellen von Statistiken: Die Beobachtung der gesellschaftlichen wirtschaftlichen Situationen und ihrer Entwicklung; die Vorbereitung von Entscheidungen und Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen und zwar hauptsächlich der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Wohnungsbau- und Regionalpolitik.

Es geht also nicht in erster Linie um die Erfassung der Daten Einzelner, sondern um die Erfassung bestimmter Zielgruppen.

Seit Mitte der 70er Jahre verändert sich unsere Gesellschaftsstruktur. Immer mehr Menschen werden arbeitslos, weil die Arbeitskraft in unserem Wirtschaftssystem zu teuer wird. Viele Menschen haben immer weniger Geld zum Leben zur Verfügung, leben von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Im Moment wird viel für die Volkszählung geworben. Die Politiker wollen uns überzeugen, daß die Totalerhebung notwendig ist, um immer schlechter werdende Bedingungen zu verbessern und zu beseitigen.

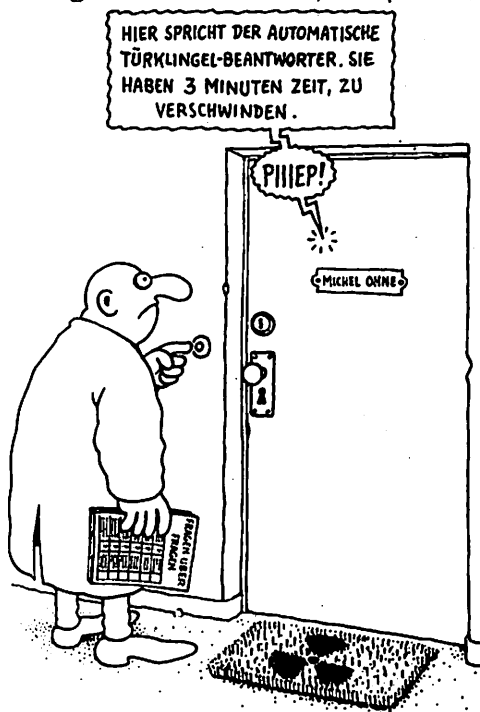
Ihre früheren Bemühungen, Planungen anhand von Daten aus früheren Erhebungen wie der Volkszählung 1970, lassen kein Vertrauen in ihre Versprechungen aufkommen.

Aufgrund der damaligen Erhebung entstand das Uniklinikum Aachen, wurden Großschulen mit bis zu 3.000 Schülern errichtet, denen heute die Schüler "fehlen"; aufgrund dieser Volkszählung wurde Kalkar gebaut, aber der prognostizierte Energiebedarf trat nie ein.

Daten sind nur Zustandsbeschreibungen. Es fehlt die Frage nach dem eigentlichen Bedürfnis des Bürgers. Er wird im Personenbogen danach gefragt, wie er seinen Weg

zur Arbeit zurücklegt, nicht aber, wie er ihn zurücklegen möchte. Dieser Fragestellung zufolge wird eher eine Straße vergrößert als das öffentliche Nahverkehrsnetz ausgebaut.

... Anhand der Daten kann festgestellt werden, daß die



meisten Schüler und Frauen durch Familie bzw. Ehemann abgesichert sind. An diesen Stellen wird eine Streichung von Sozialleistungen wohl am ehesten akzeptiert, ohne daß viel Aufsehen erregt wird. Als wird das Schülerbafög gestrichen.

Auch die Wirtschaft kann solche Daten benutzen. So schaffte eine Firma in Nordbayern den werkseigenen Bus aus "Kostengründen" ab. Die Daten des Personal-Information-Systems der Firma hatte ergeben, daß viele Frauen aus den umliegenden Ortschaften auf den Werksbus angewiesen waren. Mit der Abschaffung des Busses, mußten viele Frauen von sich aus kündigen.

Denkbar ist auch, daß künftig Wirtschaftsunternehmen Neuansiedlungen bevorzugt in strukturschwachen Gebieten durchführen. Statistische Erhebungen geben Aufschluß darüber, wo viele Menschen arbeitslos sind und ein niedriges Lohnniveau durchsetzbar ist.

■ Warum denn Volkszählung? ■

Wenn wir die Befürworter der Volkszählung hören, dann sind das "Zehn Minuten, die allen helfen"; nur mit den erfragten Daten sei verantwortbare Politik möglich. Und das, obgleich nach der letzten Volkszählung 1970 ein unverantwortlicher Überhang an Energiekapazitäten und Luxuswohnungen und anderes produziert worden ist - von Umweltvergiftungen und Rohstoffverschwendung ganz zu schweigen. Es kann kein einziges Beispiel einer Fehlplanung wegen unzureichenden Datenmaterials vorgewiesen werden.

Die Volkszählung liefert mit ihren Fragen allenfalls eine Zustandsbeschreibung, nach den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen wird gar nicht erst gefragt.

Zahlreiche Wissenschaftler sagen, eine Stichprobenerhebung sei ohnehin genauer und brauchbarer als eine Totalerhebung, zumal dann, wenn nicht wenige Menschen gegen die Volkszählung Bedenken haben oder gar Auskünfte verweigern.

Weiterhin bemühen sich die Politiker, die Volkszählung isoliert zu sehen. Die Zusammenhänge mit anderen Gesetzen und Maßnahmen (Computerlesbarer Personalausweis, Sicherheitsgesetze u.a.) werden verschwiegen oder geleugnet. Die einzelnen

Veranstaltungen zur Volkszählung

- Mo, 4.5. 19.30 Informationsveranstaltung in der Gaststätte "Zum Tell", Tellstraße
- Mi, 6.5. 20.00 Informationsveranstaltung in der Gaststätte "Jägerhof", Rosenst. 19
- 13.5. 20.00 Volkszählungsrevue Theater "Zwischen Tür und Angel" & ex Eddie Elend. Das erste konsequent positive Kabarett in der BRD ist während seiner Mamuttournee, aus aktuellem Anlaß in der Altstadtschmiede zu Gast
- Mi, 13.5. 20.00 Informationsveranstaltung in der Gaststätte "Haus Sassenhof", Salentinstr. 262

Fragen bei der Volkszählung seien gegenüber 1983 "entschärft" und nunmehr ziemlich harmlos. Wenn alles so harmlos ist, wieso werden dann über 35 Millionen DM allein für die Werbung veranschlagt, wieso werden Kritiker und Gegner der Volkszählung verdächtigt und mit Bußgeldern bedroht.

■ Woher kommt unser Mißtrauen? ■

Die Skeptiker einfach als Nörgler und Chaoten abzutun ... so läuft das nicht mehr! Mittlerweile sind die Vorbehalte zu groß, die Gruppe derjenigen, die etwas einzuwenden haben, geht quer durch die Bevölkerung. Neue Technologien ermöglichen vieles, was früher nicht möglich war. Alles in allem vertrauen zahlreichen Menschen "denen da oben" nicht mehr vorbehaltlos. Es ist zuviel passiert, was uns skeptisch

macht. Wir wollen nicht zu "verdrahteten" und "gläsernen" Menschen gemacht werden.

Bürokratie, Kontrolle und Gängelung gibt es schon genug. Ein Mißbrauch, so wird uns gesagt, sei doch im Gesetz ausdrücklich verboten. Die heute schon bekannten Datenmißbräuche sind auch ungesetzlich, aber eben doch machbar.

Bei der Volkszählung 1950 hatte Bundespräsident Heuss sich persönlich verbürgt, daß weder Polizei noch Steuerbehörden die Listen bekämen. Doch schon kurze Zeit später wurden sie den Finanzämtern für den Gewerbesteuerausgleich zur Verfügung gestellt.

Ebenso ist der Datenschutz für die Volkszählung 1987 nur im Gesetzestext, keineswegs aber in der Praxis gesichert. Bei der jetzigen Volkszählung gibt es bereits heute etliche Vorfälle, wo staatliche Stellen bei der Durchführung gegen Datenschutz- und andere Vorschriften verstoßen haben. Zum Beispiel in Wuppertal: Als bei einigen Bögen zur Gebäudevorerhebung Daten fehlten, wurden diese per "Amtshilfe" vom Wohnungsamt ergänzt.

Die Bewegung gegen die Volkszählung ist ein Zeichen für das wachsende Mißtrauen gegenüber solchen Entwicklungen. Es geht um die Verteidigung der persönlichen Freiheit sowie um die Ablehnung und Abwehr staatlicher Bevormundung, Kontrolle und Erfassung.

VOLKSZÄHLUNG 87





**■ Was tun,
wenn der Zähler
kommt?**

Am 25. Mai ist Stichtag für die Volkszählung '87. In der Woche davor werden die Zähler die Bögen austeilen. Wir möchten Sie darüber informieren, wie Sie sich bei einem Boykott verhalten können, und welche Rechte und Pflichten der Zähler ihnen gegenüber hat und umgekehrt.

■ ■ 1. Bevor der Zähler kommt ■ ■

Es ist sehr wichtig, daß sie sich vorher vergewissern,

■ wieviele Personen tatsächlich mit ihrem 1. Wohnsitz in der Wohnung gemeldet sind,

■ welche Angaben über Größe der Wohnung, Anzahl der Haushalte, Anzahl der Personen im Haushalt und Wohnung usw. sie in Anträgen bei Wohnungs-, Arbeits- oder sonstigen Ämtern gemacht haben.

Ihre Angaben sollten mit den Angaben auf Briefkasten und Klingel übereinstimmen, sofern dort überhaupt etwas steht. Teilen sie dem Zähler auf alle Fälle nur Dinge mit,

die sich mit offiziellen Angaben decken.

■ ■ 2. Wenn der Zähler vor Ihrer Tür steht ■ ■

Der Zähler ist nicht berechtigt, Ihre Wohnung ohne Ihr Einverständnis zu betreten. Er muß einen speziellen Ausweis vorzeigen können.

Sie sollten überprüfen, ob der Zähler "Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit" bietet. Das ist laut Volkszählungsgesetz (VGZ) § 10,5 nicht der Fall, wenn

■ der Zähler aus der Nachbarschaft kommt,

■ aufgrund seines Berufes Sorge besteht, daß er Ihre Daten zu Ihrem Schaden nutzen könnte. Solche Berufe gibt es viele: Finanzbeamte, Polizisten, Angestellte von Arbeits-, Sozial- und Ordnungsämtern.

Laut Volkszählungsgesetz § 16 müssen zudem alle Auskunftspflichtigen schriftlich unterrichtet werden (u.a. über die Rechte und Pflichten der Zähler). Sollte dies nicht schon geschehen sein, beste-

hen sie auf dieser schriftlichen Unterrichtung, bevor Sie Angaben machen.

Sollte der Zähler Sie mehrmals nicht antreffen, so wird Ihnen der Bogen auf alle Fälle per Post zugestellt (bei Urlaub o.ä.).

■ ■ 3.a Das müssen Sie sagen ■ ■

Sollten die oben genannten Voraussetzungen erfüllt sein, können Sie den Bogen annehmen. Der Zähler hat nun das Recht, bestimmte Sachen mündlich zu erfragen:

■ den eigenen Vor- und Zunamen (sofern Sie in diesem Haushalt leben und nicht nur zu Besuch sind)

■ Straße und Hausnummer

■ Anzahl der Personen im Haushalt

■ wieviel Haushalte und Arbeitsstätten sich in der Wohnung und dem Gebäude befinden (gerade bei dieser Frage kann nun wirklich niemand verlangen, daß Sie das so genau wissen; bevor Sie etwas Falsches sagen, machen Sie lieber keine Angaben).

Sie sollten zumindest versuchen, die genannten Angaben nicht zu machen mit dem Hinweis, daß Sie ungern etwas von sich erzählen, ohne genau zu wissen, was mit den Daten geschieht (es könnte ja schließlich auch mal der Nachbar auf die Liste des Zählers gucken ...). Sie haben natürlich persönlich nichts gegen den Zähler, aber sie machen die Angaben halt lieber schriftlich.

■ ■ 3.b Das sollten sie nicht sagen ■ ■

Auf keinen Fall sollten Sie Angaben machen über

■ die Namen der übrigen Haushaltsmitglieder,

■ den Namen des Wohnungsinhabers,

■ über Nachbarn (auf wenn der Zähler danach fragt).

Zu diesen Angaben besteht keinerlei Verpflichtung.

Weiterhin sind Sie nicht verpflichtet

■ den Empfang der Bögen zu quittieren,

■ den Bogen in Anwesenheit

des Zählers auszufüllen (was er Ihnen bestimmt anbieten wird),

■ den Bogen dem Zähler zurückzugeben bzw. einen späteren Abholtermin auszumachen. (Das wird den Zähler nicht freuen, weil er höhere Prämien bekommt, wenn er die Bögen selbst einsammelt.)

Stattdessen

■ sagen Sie dem Zähler, daß sie den Bogen (gebührenfrei) mit der Post zur Erhebungsstelle schicken. (Diese Möglichkeit ist ausdrücklich im Volkszählungsgesetz § 13,4 vorgesehen.),

■ der Zähler braucht sie nicht mehr zu belästigen, da Sie den Bogen ja zurückschicken.



■ ■ 4. Erst jetzt beginnt ein Boykott ■ ■

Schneiden Sie nun die Kennnummer aus dem Bogen heraus und vernichten diese. Geben Sie den Bogen an der örtlichen Sammelstelle der Initiative gegen die Volkszählung ab!

Reden Sie auch mit Nachbarn und Bekannten über den Boykott. Sammeln Sie viele Bögen (Achtung! Kennnummer

rausschneiden) und bringen Sie diesen dann auch zur Sammelstelle.

In keinem Fall sollte in den Bögen etwas ausgefüllt sein!

Mit Hilfe der Bögen kann die Initiative feststellen, wieviele Menschen boykottieren.

■ ■ Rechtliche Aspekte ■ ■

Nachstehend finden sich ausführliche Informationen zu den rechtlichen Aspekten der Volkszählung. Hierbei ist folgendes zu beachten: Die Volkszählung und ihre Verhinderung ist ein politisches Phänomen, nicht eine rechtliche Angelegenheit.

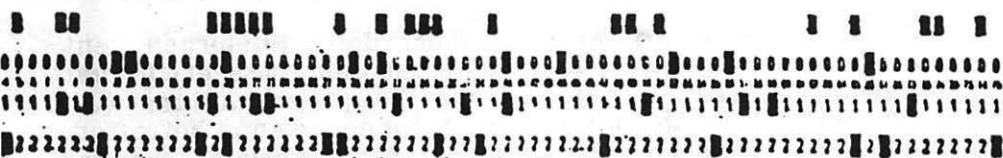
Rechtliche Sachverhalte sind kompliziert; diese Übersicht soll den Durchblick erleichtern. Weitere Informationen können bei der Initiativgruppe und - falls notwendig - Rechtsberatung bei Rechtsanwälten eingeholt werden.

Die erwähnten staatlichen Zwangsmaßnahmen sind teilweise auch Abschreckungsmittel; die Praxis wird sich anders einpendeln als die genannten Maximal"strafen". Je umfangreicher, überzeugender und wirksamer der Widerstand wird, desto geringer und unwahrscheinlicher werden staatliche Gegenmaßnahmen.

■ **Auskunftspflicht** ■ Auskunftspflichtig ist jeder Volljährige (Minderjährige nur,

Der Innenminister informiert:

Wissen Sie, was Ihr Arbeitgeber, Ihr Personalchef, Ihr Versicherungsvertreter, Ihr Bankberater, Ihr Hauswirt, Ihr Nachbar über Sie spricht ?



Der Große Bruder weiß es.



Mit staatlicher Empfehlung
Ihre Datenbank



wenn sie einen eigenen Haushalt führen). Diese Verpflichtung besteht fortwährend. Die behördliche Anordnung zur Auskunftserteilung (bzw. die Bestellung zum Zähler) ist ein Verwaltungsakt, gegen den Widerspruch zulässig ist. Die Auskunftsverweigerung ist eine Ordnungswidrigkeit (keine Kriminalstrafe, kein Eintrag ins Strafregister, kein Disziplinarverfahren).

■ **Heranziehungsbescheid** ■ Einen Heranziehungsbescheid erhält, wer vom Zähler mehrmals nicht angetroffen wird und bei dem weiteren Bemühungen der Erhebungsstelle erfolglos bleiben; fernerhin auch, wer gegenüber dem Zähler oder Erhebungsstelle die Auskunft verweigert. Sollten Sie diesen oder irgendeinen anderen Bescheid erhalten, setzen Sie sich ruhig mit Volkszählungs-Initiative in Verbindung, um sich genauer zu informieren.

Der Heranziehungsbescheid ist ein förmlicher Bescheid unter Beifügung der Erhebungsvordrucke; er wird per Postzustellungsurkunde übersandt. Für die Zurücksendung wird eine Frist von einer Woche gesetzt. Der Bescheid muß eine Rechtsmittelbelehrung erhalten, in der darauf hingewiesen wird, daß Sie innerhalb von vier Wochen Widerspruch einlegen können und in der auf ein mögliches Bußgeld hingewiesen wird.

■ **Widerspruch** ■ Gegen den Verwaltungsakt der Heranziehung zur Auskunftspflicht sollte Widerspruch eingelegt werden. Dies sollte möglichst schnell geschehen, um sofortige staatliche Zwangsmittel (Bußgeld) zu verzögern bzw. zu vermeiden. Der Widerspruch ist Voraussetzung für einen Antrag auf Anordnung einer aufschiebenden Wirkung. Deshalb kann beim Verwaltungsgericht beantragt werden, die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs (bzw. Anfechtungsklage) anzuordnen. Hier beginnt allerdings das Problem, daß solche u.ä. Anträge bei Gericht Kosten mit sich bringen.

Der Widerspruch geht an die Behörde, die schriftlich zur Auskunftserteilung aufgefordert hat. Der Antrag wegen der aufschiebenden Wirkung ist an das zuständige Verwaltungsgericht zu senden (für Recklinghausen ist das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen zuständig).

■ **Anfechtungsklage** ■ Wird der Widerspruch gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung abgelehnt (durch das Statistische Bundesamt), kann innerhalb von vier Wochen beim Verwaltungsgericht eine Anfechtungsklage erhoben werden. Darüberhinaus gibt es noch weitere gerichtliche Instanzen. Aber Achtung: Prozesse bringen erhebliche Kosten mit sich. Auch aus diesem Grund

sollten sich Ratsuchen ggf. zu Gruppen zusammenschließen, um sich rechtlich beraten und vertreten zu lassen.

Wird der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung abgelehnt, besteht die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen beim Gericht Beschwerde einzulegen. Sollte auch diese abgelehnt werden, kann eventuell unter Berufung auf Verletzung der Grundrechte Verfassungsbeschwerde eingelegt werden.

■ **Bußgeld** ■ Das Bußgeld ist eine Ahndungsmaßnahme für eine Ordnungswidrigkeit (Auskunftsverweigerung). Das Bußgeld muß angemessen sein (entsprechend der Schwere des Verstoßes und den wirtschaftlichen Verhältnissen des Betroffenen). Ein Bußgeld ist eine einmalige Angelegenheit und kann nicht wiederholt werden.; die Höchstandrohung lautet auf DM 10.000, nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit ist mit einem Bußgeld um DM 100 zu rechnen.



Bei Nichtzahlung kann das Bußgeld beigetrieben werden bzw. eine Erzwingungshaft (bis sechs Wochen) erfolgen. Ergeht ein Bußgeldbescheid, so sollte dagegen innerhalb von zwei Wochen bei der Verwaltungsbehörde Einspruch eingelegt werden (die Frist läuft, wenn der Postbote eine Benachrichtigung hinterlassen hat).

Über den Einspruch entscheidet das Amtsgericht nach einer Hauptverhandlung (oder auch ohne, wenn Betroffener und Staatsanwalt einverstanden sind). Gegen die Entscheidung des Amtsgerichts ist unter Umständen Rechtsbeschwerde beim Oberlandesgericht gegeben.

■ **Zwangsgeld** ■ Es kann verhängt werden, um den Willen des Betroffenen zu

beugen. Zwangsgeld ist weder Strafe noch Buße und es kann theoretisch mehrmals verhängt werden. Die Höhe, maximal DM 2.000, muß den verfolgten Zweck und die Einkommensverhältnisse des Betroffenen berücksichtigen. Die Androhung muß in bestimmter Höhe, unter Fristsetzung und schriftlich erfolgen. Nach Verstreichen der Frist erfolgt die endgültige Festlegung, bei Nichtzahlung kann es beigetrieben werden und es kann auch durch das Verwaltungsgericht eine Ersatzzwangshaft (bis 14 Tage) angeordnet werden.

Beim Zwangsgeld sind die gleichen Rechtsmittel gegeben wie bei der Aufforderung zur Auskunftserteilung: Widerspruch und Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung.

Lassen Sie sich auf keinen Fall Bange machen von eventuellen rechtlichen Folgen.

■ Der Boykott ist eine Ordnungswidrigkeit wie z.B. falsches Parken.

■ Sie werden nicht vorbestraft und sind auch kein Verbrecher.

- ■ Grundsätzlich gilt: ■ ■
- Je mehr Boykotteure,
- desto mehr Aufwand für Behörden und Gerichte,
- desto geringer die Gefahr von Bußgeldern,
- desto eher kippt die Volkszählung!

In Recklinghausen werden die Erhebungsbögen von der Initiative gegen die Volkszählung gesammelt.



Autonomes Zentrum
Münsterstraße 2 a
4350 Recklinghausen
Tel. (02361) 1 56 98

Ab 18. Mai werden Sie hier montags bis freitags von 13.00 bis 14.00 Uhr und 18.00 bis 20.00 jemanden antreffen.

Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Recklinghausen, Konto Nr. 201 350 9500
V.i.S.d.P.: Vobo-Initiative, c/o Autonomes Zentrum, Münsterstraße 2a, 4350 Recklinghausen

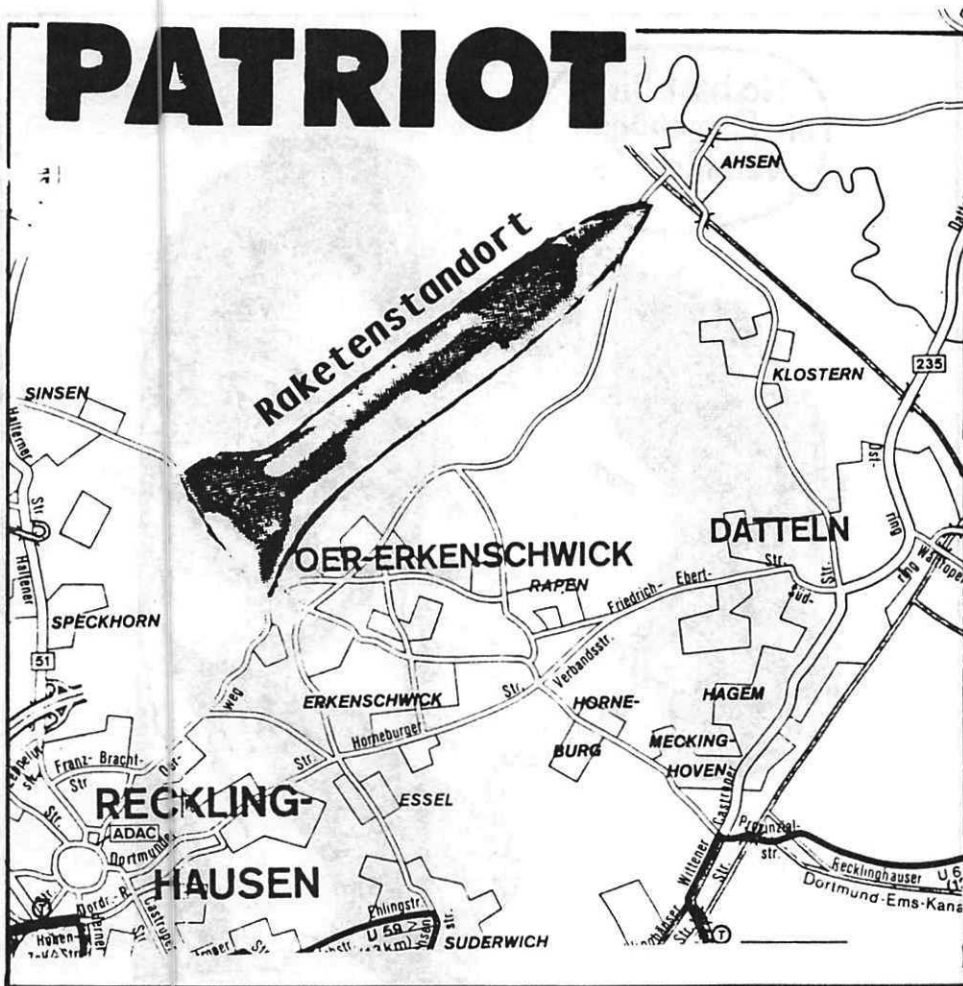


Volksaushorchung 87

POLITIKER FRAGEN
BÜRGER

ANTWORTEN NICHT !

PATRIOT



Der "Friedenszeitung" der Friedensgruppen im Kreis Recklinghausen entnehmen wir den folgenden Artikel zur geplanten Stationierung von "Patriot" in Datteln-Ahsen. Zu diesem Thema führen die Initiativen am Samstag, 23. Mai einen Aktionstag in der Dattelner Innenstadt durch.

Nach Beginn der Stationierung von PERSHING II und Cruise Missiles werden die US-Streitkräfte und die Bundeswehr mit einem weiteren, völlig neuartigen Raketensystem ausgerüstet: PATRIOT.

Nach dem Plan der USA werden in den nächsten Jahren 82 PATRIOT-Feuereinheiten in der Bundesrepublik stationiert. Eine dieser Raketeinheiten soll bis Mitte 1990 in unserer unmittelbaren Nachbarschaft aufgestellt werden, im Jammertal in Datteln-Ahsen. Dort standen bis vor kurzem Nike-Hercules-Raketen, deren Abzug von der Bundeswehr als Abrüstung gefeiert wurde. Was von dieser "Abrüstung" zu halten ist, verdeutlichen folgende Zahlen: circa 600 veraltete Nike-

Hercules-Raketen werden aus der Bundesrepublik abgezogen und durch mindestens 5.000 PATRIOT-Raketen ersetzt. Die Vorbereitungen laufen an, auch in Datteln-Ahsen.

Was ist PATRIOT?

Das Flugabwehrraketensystem PATRIOT gilt als völlig neuartiges, überlegenes System der Luftabwehr. Es bildet zusammen mit der Flugabwehrrakete HAWK und dem Flugabwehrraketensystem ROLAND den Schwerpunkt der bodengeschützten Nato-Luftverteidigung.

Der Lenkflugkörper erreicht eine Geschwindigkeit bis zur siebfachen Schallgeschwin-

eine R

digkeit. Die Reichweite wird von den Militärs geheimgehalten und gegenwärtig auf 80-150 km geschätzt. Der Flugkörper kann während des gesamten Fluges von Boden aus mit großer Wendigkeit und Zielgenauigkeit gelenkt werden. Die PATRIOT-Rakete soll 75 kg konventionellen Sprengstoff tragen, sie kann jedoch auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden.

PATRIOT ist auf beweglichen LKW's untergebracht. Sie ist fast überall einsatzfähig. Die hohe Mobilität verringert die Verwundbarkeit. Das PATRIOT-System ist natürlich nicht nur zur Verteidigung geeignet. Es kann genauso gut der Absicherung von Angriffen dienen, um das eigene Aufmarschgebiet vor Vergeltungsschlägen zu decken.

Was kostet PATRIOT?

Insgesamt sollen in der Bundesrepublik 82 PATRIOT-Feuereinheiten mit 224 Startgeräten und 5.000 Raketen stationiert werden. Die Bundeswehr wird 14 Feuereinheiten mit 868 Raketen von den USA kaufen. Das PATRIOT-System soll den deutschen Steuerzahler 6-7 Milliarden DM kosten, darin sind allerdings nur die Materialkosten, nicht aber die personellen Betriebskosten enthalten. Der Bundestagsabgeordnete der SPD, Hajo Hoffmann, rechnet selbst bei einer niedrigen Inflationsrate mit einer Gesamtsumme von 14 Milliarden DM. Doch diese 14 Milliarden sind nur Teil eines ungeheuren Rüstungsplans für die neunziger Jahre. Für Projekte wie PATRIOT, Kampfpanzer LEOPARD 3.

Rakete, die uns teuer zu stehen kommt

Kampflugzeug JÄGER 90 und viele mehr sind bereits 240 Milliarden DM festgelegt - ohne die zu erwartenden Preiserhöhungen.

Diese gigantische Verschwendung von Steuergeldern vollzieht sich anscheinend unberührt von den weitreichenden Abrüstungsangeboten Gorbatschows. Sollte Kohls Wort vom »Frieden schaffen mit immer weniger Waffen« nicht nur eine Propagandalüge sein, müßte der Kanzler jetzt reagieren, indem er die USA zu ernsthaften Abrüstungsbemühungen drängt und Aufrüstungspläne wie PATRIOT in Frage stellt.

PATRIOT - ein "kleines SDI"?

PATRIOT soll nicht nur Flugzeuge abschießen, sondern auch zu einem Abwehrsystem gegen die sowjetischen Kurzstreckenraketen SS 21 und SS 20, die die Sowjetunion als Antwort auf PERSHING II und Marschflugkörper stationiert hat, weiterentwickelt werden. Diese Arbeiten sind bereits weit fortgeschritten. Die Herstellerfirma "Raytheon" bemüht sich, die PATRIOT bis zum Herbst '87 einsatzfähig zu machen. Langfristig soll die PATRIOT dann in einer zweiten Phase auch gegen die sowjetische Mittelstreckenrakete SS 20 eingesetzt werden können.

PATRIOT zur Raketenabwehr bieten die USA den Europäern als eine regionale, auf Europa bezogene Raketenabwehr an, die Euro-SDI, ATM-System (Anti Tactical Missile) oder EVI (Europäische Verteidi-

gungsinitiative) genannt wird. Damit sollen Befürchtungen der Reagan-Regierung, die europäischen Verbündeten, vor allem die deutsche Bundesregierung, könnten die strategische Raketenabwehr SDI ablehnen, zerstreut werden. Mittlerweile befürwortet die Rechtsregierung in Bonn sowohl SDI als auch EVI. Ist das PATRIOT-System erst einmal aufgestellt, läßt sich eine Umrüstung ohne großes Aufsehen vollziehen.

Doch die Raketenabwehr ist längst nicht die einzige zusätzliche Möglichkeit des PATRIOT-Systems. Das Pentagon bestätigte, daß PATRIOT schon jetzt mit einem

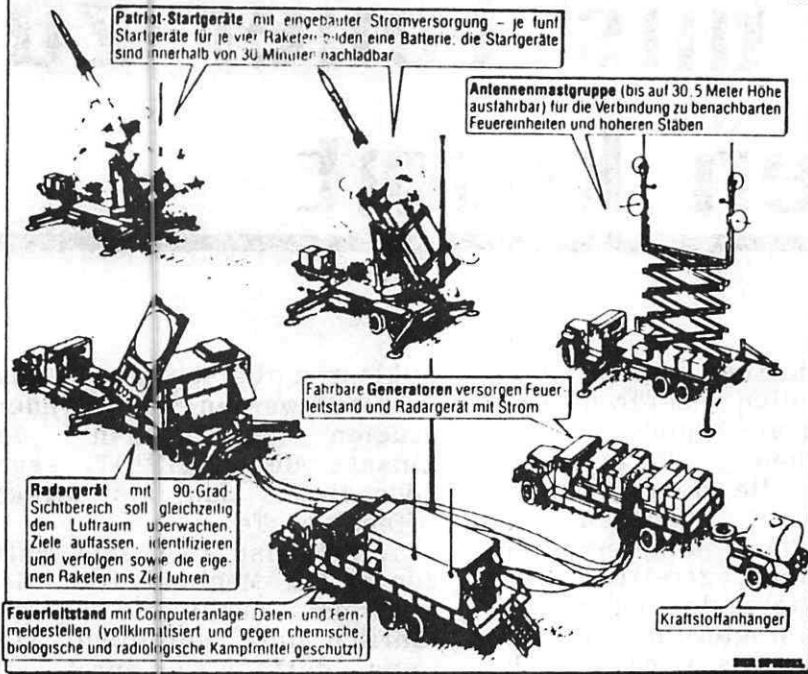
nuklearen Gefechtskopf ausgerüstet werden kann. Andere Studien untersuchen den Einsatz der PATRIOT gegen Bodenziele, also als direkte Offensivwaffe.

PATRIOT ist also eine Waffe der vielen Möglichkeiten. Gerade das macht sie so gefährlich und bedrohlich. Niemand darf sich durch die Nato-Propaganda irreführen lassen, die den Ersatz der nuklearen NIKE durch die (bis jetzt) als "Konventionalisierung" und "Abbau von Atomwaffen" schackhaft machen möchte.



Die Raketenbatterie bei Ahsen war schon häufiger Schauplatz von Friedensgruppen, wie hier während der Pfingstblockade '83

Umstrittene Wunderwaffe Flugabwehrsystem „Patriot“ (schematische Darstellung)

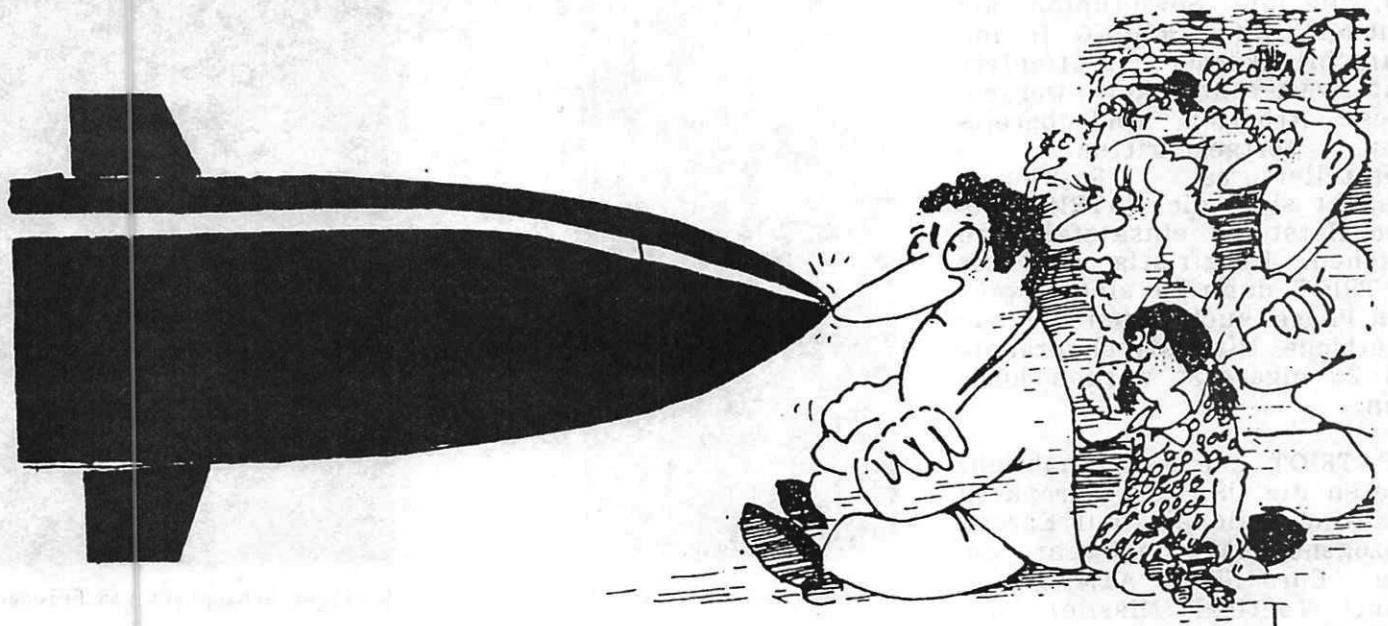


PATRIOT – nur eine Verteidigungswaffe?

Auf den ersten Blick wirkt PATRIOT wie eine Verteidigungswaffe, die angreifende Bomber und in Zukunft auch Raketen abschließen und die Bevölkerung schützen soll. Betrachtet man aber PATRIOT im Zusammenhang mit anderen Aufrüstungsplänen, so verleiht sie schnell ihre scheinbare Harmlosigkeit. PATRIOT hängt unmittelbar zusammen mit der Stationierung atomarer Erstschlagswaffen vom Typ PERSHING II und Cruise Missiles. Raketen wie die PER-

SHING II sind dazu geeignet, Kommandozentralen in der UdSSR blitzschnell zu zerstören und damit die Sowjetunion zu enthaupen. Die Abwehrrakete PATRIOT soll nun bei uns stationierte Atomraketen und Bomber unangreifbar machen. Die Drohung durch die PERSHING II, die UdSSR mit einem atomaren Erstschlag zu enthaupen, soll durch eine zusätzliche Sicherung ergänzt werden, nämlich durch die Möglichkeit,

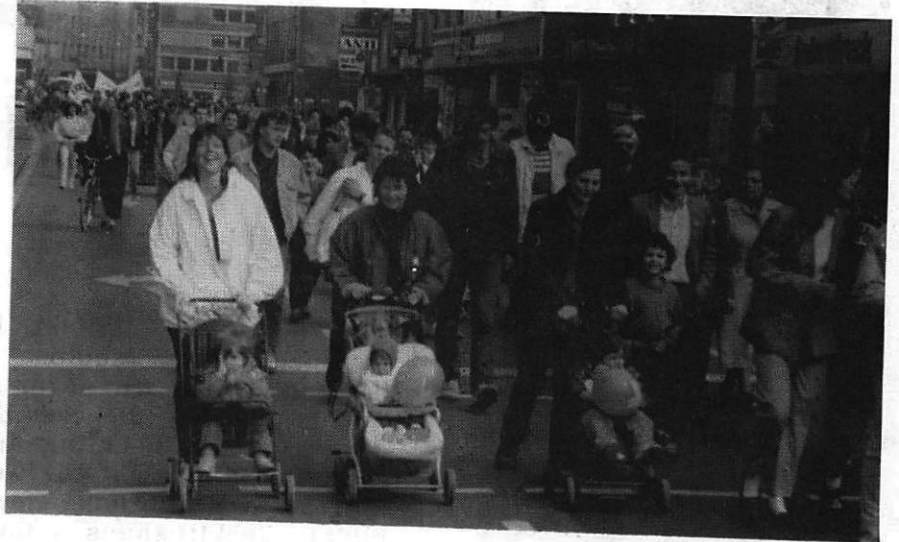
den zu erwartenden Gegenschlag der UdSSR abfangen zu können. Mit anderen Worten: PATRIOT sichert die Erstschlagfähigkeit der hier stationierten Raketen. Sie ist damit im Zusammenhang mit der aggressiven Kriegsführungsstrategie der Nato, Airland Battle, genannt, zu sehen. Airland Battle fordert unverhüllt: Angriff ist die beste Verteidigung. Der Angriff soll mit allen verfügbaren Mitteln, auch von Anfang an mit Atomwaffen, sofort in die Tiefe des gegnerischen Raumes getragen werden. Auch hier hat das PATRIOT-System eine große Bedeutung. Da die Raketen sehr beweglich sind, können sie noch Luftschutz für Nato-Verbände weit in das Gebiet des Warschauer Pakts ermöglichen. Bei der PATRIOT geht es also nicht um den Schutz der Zivilbevölkerung, sondern um die Sicherung der Waffensysteme der Nato in einem Krieg. Für die Bevölkerung und den Frieden ist PATRIOT eher eine neue Gefahr, denn im Falle eines Krieges oder einer schweren Krise in Europa wäre PATRIOT und damit auch der Kreis Recklinghausen natürlich ein bevorzugtes Ziel der UdSSR.





Ostermarsch Vest 87

Rund 500 Bürger aus Recklinghausen und Umgebung versammelten sich am Ostersonntag auf dem Rathausvorplatz zur Auftaktkundgebung, um anschließend am Ostermarsch von Recklinghausen nach Bochum teilzunehmen.



Erstmals wurde in diesem Jahr ein Grußwort von einem Recklinghäuser Bürgermeister an die Ostermarschierer verlesen. Zuvor hielten Vertreter der Friedensgruppen im Kreis, der Kirche und der Gewerkschaft kurze Ansprachen.

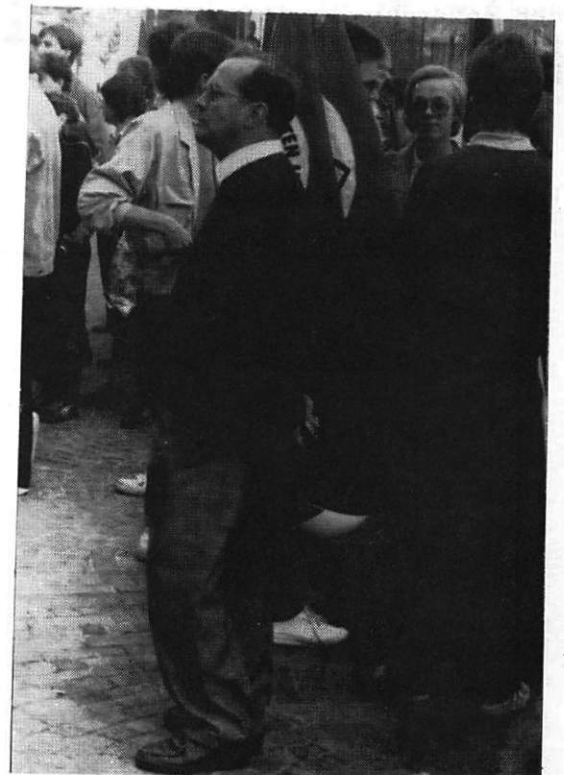
... mit Kind und Kegel

Vielen Friedensfreunden fiel während der Kundgebung unangenehm der sonst "allseits geschätzte Friedenskämpfer" Franz Hubert Reine auf. Er war doch tatsächlich mit einem Motorradhelm (das ist doch passive Bewaffnung) erschienen. Nur dem besonnenen Verhalten der Polizei war zu verdanken, daß es zu keinen Ausschreitungen seitens, dieses offensichtlich von Moskau ferngesteuerten Friedenskämpfers, kam. Natürlich wurde er von weiteren Ostermärschen ausgeschlossen.

Anschließend ging es mit Kind und Kegel Richtung Bochum.



Einer überklebt den anderen.
Revanchefouls sind genauso schlimm



"Friedenskämpfer" F.H. Reine

SERIE

RECKLINGHAUSENS

„ANDERE“ GESCHICHTE

TEIL II

Die 750-Jahr-Feier ist inzwischen Vergangenheit. Wenn wir trotzdem eine Nachlese zum Stadtjubiläum in Fortsetzung bringen, haben wir dafür gute Gründe.

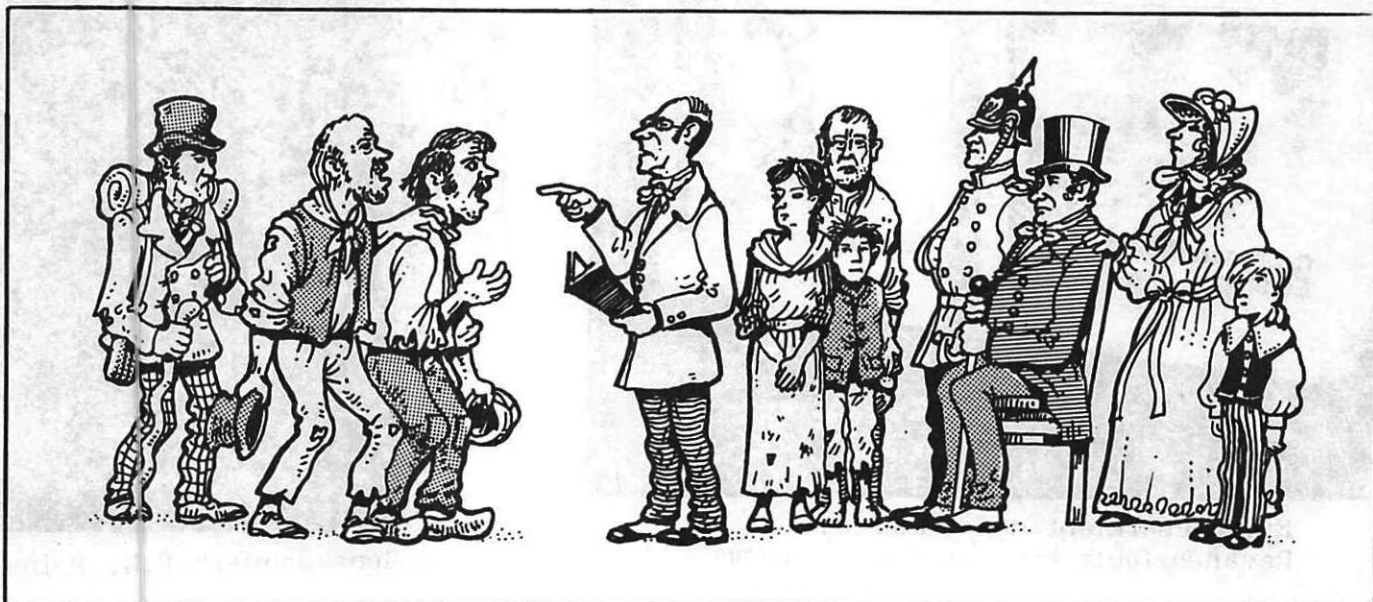
Wer regelmäßig die Recklinghäuser Tagespresse liest, gewinnt den Eindruck, Recklinghäuser Geschichte spielt sich überwiegend in Suderwich ab. Wer die Beiträge von Altbürgermeister Wolfram zum Jubiläum noch in Erinnerung hat, kann sich einbilden, Recklinghausen ist der Nabel der Welt. War da wirklich nicht mehr, als Spuk auf dem Stadtfriedhof?

„Der Bergbau hat Recklinghausen groß gemacht“, heißt es. Aber wie? Und gab es weder Wirtschaftskrisen, noch Kapp-Putsch, gingen der Nationalsozialismus und die schrecklichen Bombennächte des 2. Weltkrieges an Recklinghausen vorüber?

In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts herrschte nach den Erinnerungen des damaligen Münsteraner Pfarrers an St. Ludgeri, Hermann Josef Kappen *in politischer Beziehung völlige Windstille* (1). Von Liberalismus und Demokratie, von Abschaffung der Monarchie wagten die politisch zurückgebliebenen Deutschen kaum zu träumen.

Die Revolution

Als die Pariser Julirevolution 1830 Karl X. zum Ab-



danken zwang, erhielt die demokratische Bewegung in Europa neuen Schwung; die liberale Bewegung griff auf Deutschland, Polen und Belgien über. Die Unruhen im Ausland, besonders in Brabant förderten im Regierungsbezirk Münster die Diskussion über demokratische Reformen. Vom Aufbruch waren die Bürgermeister, aus dem Biedermeierschlaf noch nicht erwacht, aber weit entfernt. *»Eine Störung der öffentlichen Ordnung«* - so die Regierung in Münster - sei nicht zu befürchten. Um ein Übergreifen der Bürgerbewegung auf Westfalen zu verhindern, läßt die Obrigkeit immerhin Truppen an der Westgrenze des Münsterlandes aufstellen.

»In unserer Provinz sind keine Elemente des Demokratismus. Unser Adel ist teils reich, teils wohlhabend, unsere Städte treiben Ackerbau oder bedeutende Gewerbe, unser Bauernstand ist mit Ausnahme einzelner Teile kräftig und wohlbestanden... Hinzu kommt der fromme, be-



Stimmen nicht überzeugen und wies im Sommer 1831 die Provinzial- und Landesadministrationen an, die Bevölkerung genauestens zu überwachen, um demokratische

Frankreich den König gerade fortjagte. Im Bezirk Münster und im Vest blieb es wegen des noch nicht erwachten politischen Bewußtseins der

1830 und 1848/49

sonnene, gutmütige Charakter des Deutschland und insbesondere des Westfälingers», faßte der Freiherr vom Stein in einem Brief vom 7.4.1831 die Lage im Regierungsbezirk Münster zusammen. Um den Bauernstand war es allerdings schlechter bestellt, als vom Stein behauptete. Hohe Preise für Bortkorn plagten die Bevölkerung, während der Absatz der bäuerlichen Erzeugnisse wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht immer günstig für die Bauern war. Außerdem belasteten Frondienste und Ablösezahlungen die Bauern.

Die preußische Staatsregierung ließ sich durch solche

Bewegungen im Keim ersticken zu können. Die Regierung in Münster hielt solche Maßnahmen in einem politisch zurückgebliebenen Land für überflüssig. Die Untertanen seien von allgemeiner Verehrung des Monarchen durchdrungen *»und wo bei einzelnen dieses Gefühl nicht vorhanden sein möchte, da hält Furcht den Unverschämten zurück.«* (2)

Wie sehr die Bürger an der alten politischen Ordnung klebten, war schon beim Besuch des Prinzen Wilhelm Anfang Mai 1831 in Münster sichtbar geworden, wo er mit Jubel empfangen wurde, während das Nachbarland

Untertanen und obrigkeitstaatlicher Kontrollen während der Julirevolution ruhig.

Die neue Städteordnung

Nicht Fortschritt, sondern weitere Restaurationen folgten in den 1830er Jahren. 1836/37 erhielten die Städte Dorsten und Recklinghausen die revidierte Städteordnung vom 17.3.1831. Die erste Fassung der Städteordnung aus dem Jahre 1808 sollte ein gewisses Gegengewicht gegen die junkerliche Herrschaft errichten.

Zu den wichtigsten Neuerungen der Städteordnung von

1808 gehörten der Zensus für die Wahl der Stadtverordneten (wahlberichtigt war, wer ein städtisches Grundstück oder ein Jahreseinkommen - je nach Größe der Stadt - von 100 bis 200 Talern hatte) und die Justizhoheit des Staates.

Die revidierte Städteordnung von 1831 enthielt zahlreiche Rückschritte. 1808 durfte keinem unbescholtenen Bürger der Erwerb des Bürgerrechtes gegen Zahlung einiger Taler versagt werden; 1831 waren nur noch jene Bürger berechtigt, die ein Grundstück mit einem Mindestwert von 200 Talern besaßen oder aus einem stehenden Gewerbe eine Reineinnahme von mindestens 200 Talern oder aus anderen Quellen ein Jahreseinkommen von wenigstens 400 Talern bezogen.

Den Sinn der revidierten Städteordnung von 1831 skizzierte der Staatsrechtslehrer von Rönne mit den Worten: *„Bei Entwerfung der revidierten Städteordnung ging man von dem Hauptgesichtspunkt aus, daß das Oberaufsichtsrecht des Staates eine größere Ausdehnung erhalte, daß das Bürgerrecht an Bedingungen, welche den Unbemittelten davon ausschließen, geknüpft und die Wahlfähigkeit beschränkt werde, um die ärmere ungebildete Klasse aus dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zu entfernen.“* (3)

In den 40er Jahren verschlechterte sich die Notlage der Bevölkerung; zahlreiche Bauern und Bürger waren zu Zwangsverkäufen ihres Besitzes gezwungen und die Handwerker spürten die zunehmende Geschäftsflaute. Schließlich schürte die Hungersnot von 1846/47 die Unzufriedenheit.

Bereits Neujahr 1845 forderte das "Recklinghäuser Wochenblatt" eine stärkere Bürgerbeteiligung an den Regierungsgeschäften. Im Oktober 1845 beklagte es die geringe Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen, die es einer Minderheit ermöglichte, ihre - vom "Reck-

linghäuser Wochenblatt" nicht gerade günstig beurteilte - Politik durchzusetzen.

1847 veröffentlichte das gleiche Blatt den Beitrag "Fortschritt, gemäßigter Fortschritt und Rückschritt" (4), in dem vorsichtig politische Veränderungen gefordert werden: *„Man kann die Menschen einteilen in solche, welche Schamgefühl besitzen und solche, welche es abgestreift haben. Wer noch Schamgefühl besitzt, erklärt sich für den Fortschritt...“* Weiter hieß es, auf den Schultern der Männer des Fortschritts *„ruht die Zukunft des deutschen Vaterlandes... Mögen sie sich bald zusammenfinden! Mögen sie sich ohne Säumen durch Taten aufopfernder Vaterlandsliebe zu erkennen geben!“*

Wie inkonsequent die Männer des Fortschritts damals handelten, zeigte das Jahr 1847, als ein königliches Patent vom 3.2. die acht Provinziallandtage zum 11. April nach Berlin zum "Vereinigten Landtag" einberief. Das "Recklinghäuser Wochenblatt" lud zum fröhlichen Feiern beim Wirt Sternemann ein; zu feiern gab es allerdings nichts. Der Vereinigte Landtag forderte vom König die Rechte einer echten Volksvertretung, besonders die Zusage einer periodischen Einberufung des Landtages; an selbständige Regierung dachten die Teilnehmer der Berliner Tagung nicht. Immerhin verweigerte der Landtag als Reaktion auf das königliche Verhalten finanzielle Bewilligungen jeder Art. Damit nicht einverstanden schickte der König die Versammlung wieder heim.

„Man kann sagen“, beschrieb Friedrich Engels die so entstandene Situation, *„daß in den ersten Tagen nach den Geldverweigerungen Preußen gar keinen König hatte; es war in voller Revolution, ohne es zu wissen. Da kamen zum Glück die fünfzehn russische Millionen; die Bourgeois des Landtags knickten erschrocken zusammen, und die revolutionären Gewitterwolken verzogen sich.“* (5)



Nachdem die Pariser am 24.2.1848 den "Bürgerkönig" Louis Philip verjagt und die Republik ausgerufen hatten, zogen die revolutionären Gewitterwolken erneut auf. Die revolutionäre Bewegung ergriff Österreich und Preußen; der preussische König, Friedrich Wilhelm IV., versprach eine Verfassung und die Reform des Deutschen Bundes. Die deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche beschloß, die alten Zöpfe nicht abzuschneiden, sondern nur zu kürzen, als sie den Entwurf einer Reichsverfassung mit erblichem Kaisertum und parlamentarischem System ausarbeitete.

Der König machte einige Konzessionen an das Bürgertum, konnte aber wegen der halbherzigen Haltung der Bürger viele Neuerungen rückgängig machen. Die meisten Zugeständnisse waren weit von tiefergehenden Re-

Fortsetzung Seite 39

PROVINZNACHRICHTEN

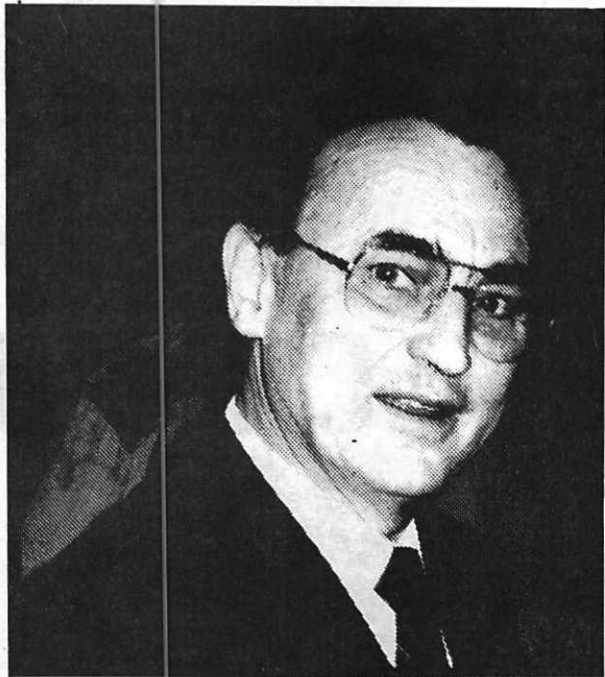
Bekommt Recklinghausen einen schwarzen Kanal ?

Am 30. März debattierte der Rat der Stadt Recklinghausen über den Lokalfunk. Welt und der "Medienexperte" der Recklinghäuser SPD, Norbert Geidies, kämpfen für ein Radio Vest gegen das sogenannte Emscher-Lippe-Radio. Die "Provinznachrichten" hörten sich um, was vom neuen Radio Vest zu erwarten ist.

Bei einem Radio auf Kreisebene werden natürlich die politischen Hauptlinge, die im Kreis das Sagen haben, auch dort das große Wort führen, d.h. es wird zum Sprachrohr von Niggemeier und seinen Freunden. Wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfahren, soll es auch nicht "Radio Vest" heißen, sondern "Der schwarze Kanal".

Es gibt auch schon konkrete Programmpläne, von denen wir einige vorstellen möchten:





steigt demnächst ins Rundfunkgeschäft ein - Horst McCarthy aus Datteln

"Das politische Bildungsprogramm", moderiert von Horst McCarthy. Der erste Beitrag heißt "Wie denunziere ich meine politischen Gegner und bringe ihn um den Arbeitsplatz?" - Hat der Caritasverband schon seine Zusage gegeben, an dieser Sendung mitzuwirken? Rusche aus Oer-Erkenschwick könnte als Co-Autor tätig werden.

Das Hafenkonzert kommt selbstverständlich vom Dattelner Kanalhafen, Sportübertragungen aus der Haardkaserne runden das Programm ab. Das Wort zum Sonntag wird aus dem Kreiswehersatzamt übertragen, Major Niggemeier gibt Tips zum Frühsport.

Die IGBE-Affäre

Die Sensationsmeldung kam über unseren Fernschreiber: Am 1.4.87 meldete dpa: "DGB verkauft IGBE"

Am Abend des 1.4.87 trat DGB-Chef Breit vor die Fernsehkameras und bestätigte den erfolgreichen Abschluß der Verkaufsverhandlungen. Angesichts der drückenden Liquiditätsprobleme, die dem DGB durch die "Neue Heimat" entstanden sind, habe man die traditionsreiche Industriegewerkschaft Bergbau und Energie an ein Bremer

Kaffeefahrtunternehmen verkaufen müssen.

Das Bremer Unternehmen, das vorwiegend mit Rheumdecken und Heizkissen handelt, habe wegen der günstigen Altersstruktur der Mitgliedschaft von mehr als einem Drittel Rentner, die IGBE gekauft. Besteht doch auch jetzt die Aktivität vieler Ortsgruppen hauptsächlich in der Organisation von Hausfrauennachmittagen und Ausflugsfahrten für Rentner. Da braucht man nicht viel umzustrukturieren. Nur zur Auflockerung werden Werbeveranstaltungen eingebaut, wobei natürlich darauf bestanden wird, daß nur die eigenen Rheumdecken und Heizkissen angeboten werden. Im übrigen wolle man Teile der IGBE an andere Interessenten weiterveräußern.

In der Gewerkschaftsschule Haltern will der Verlag des Handelsblattes aus Düsseldorf eine Managementschule einrichten. Die Referenten würde man zum größten Teil übernehmen; inhaltlich müsse man an den Themen und Aussagen sowieso nichts ändern. Sei doch die IGBE wegen ihrer industriefreundlichen Haltung weithin bekannt.

Die EINHEIT, unter Kennern sowieso als Pro-Atom-Zeitung

bekannt, könnte als Mitteilungsblatt des Deutschen Atomforums weitergeführt werden. Thematik und Chefredakteur Römer können bleiben. Allerdings würde man sich vom Management der IGBE trennen, wegen erwiesener Erfolglosigkeit. Sie sollen aber nicht ins Bergfreie fallen; bei der Beschaffung neuer Arbeitsplätze wäre man gern behilflich. Der bekannte Wanderer Heinz-Werner Meyer könnte als Oberförster in der Haard anfangen. Agnes Hürland, Staatssekretärin im Verteidigungsministerium, will ihren Horst Niggemeier zum Pressesprecher der Wehrmacht machen. Aber es soll für Horst auch ein attraktives Angebot des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln vorliegen.

Dieter Bendrath könnte als Dressman zum Versandhaus Neckermann nach Frankfurt gehen. Dort macht er sicherlich eine bessere Figur als als Leiter des IGBE-Bezirks Ruhr-Nord. Besonders im Kohle-Kreis Recklinghausen gibt es mittelständische Unternehmer, die Teile der IGBE erwerben möchten. Ungeannte Bauunternehmer erwägen einen Kauf des Bezirks Ruhr-Nord. Ist doch der Posten der Bürgermeister der Städte Recklinghausen, Herten, Datteln und Oer-Erkenschwick ein Erbhof der IGBE. Den Landratsposten bekäme man als Rabatt dazu. *

Der 1.4.87 wird als schwarzer Tag in die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eingehen. Warum hat es so weit kommen müssen?

Kommentar von Horst McCarthy aus Datteln

Wir in Datteln beobachten die Entwicklung in Recklinghausen mit Sorge. Da kam uns doch letzten Monat zu Ohren, wie Jochen Welt, Recklinghausens halbgrüner Bürgermeister, Stellung nahm zum Atrazin im Trinkwasser. Er lobte Klaus Matthiesen für seine Anordnung, im Bereich der Stevertalsperre die An-

wendung von Atrazin in der Landwirtschaft zu verbieten. Da fiel sogar das Wort "Brunnenvergifter".

Ich möchte Jochen Welt sagen: So geht's nicht.

Hier nun einige sachliche Informationen zum Atrazinproblem:

1. Das Atrazinproblem ist nur entstanden, weil Gelsenwasser jetzt feinere Analyseverfahren verwendet; bis dahin galt das Wasser aus dem Halterner Stausee als eines der besten Trinkwasser der BRD.

2. Er hat nicht an die Arbeitsplätze gedacht. Die Überdüngung in der Landwirtschaft schafft tausende von Arbeitsplätzen in der Chemie-Industrie. Aber nicht nur dort werden durch die erhöhte Nitratbelastung Arbeitsplätze gesichert. Nein, auch in der Dattelner Kinderklinik werden dadurch die Arbeitsplätze sicherer, müssen doch mehr Kinder wegen der Umweltbelastungen behandelt werden. Auch die Behandlung der älteren Trinkwasser-Verbraucher verschafft den Ärzten im Kreis Recklinghausen mehr Einnahmen. Dadurch können sie mit mehr Bauherrenmodellen die Wirtschaft ankurbeln, was wieder Arbeitsplätze schafft.

Also, nicht so pingelig mit dem Atrazin im Gelsenwasser. Lieber die Angelegenheit positiv betrachten: Atrazin macht unser Trinkwasser erst attraktiv!

Süßes von Ingrid

Es ist immer wieder ein erfrischender Anblick, wie sich die SPD-Fraktion im Stadtrat bei schwierigen und kontroversen Themen den Rücken stärkt. Werden unangenehme

Themen diskutiert, verteilt Ingrid Kahe, ein führendes Mitglied der SPD-Mehrheitsfraktion, Bonbons an ihre Kollegen - vielleicht als Denkhilfe? Dann sieht man sie einträchtig mit lutschenden und kauenden Bewegun-

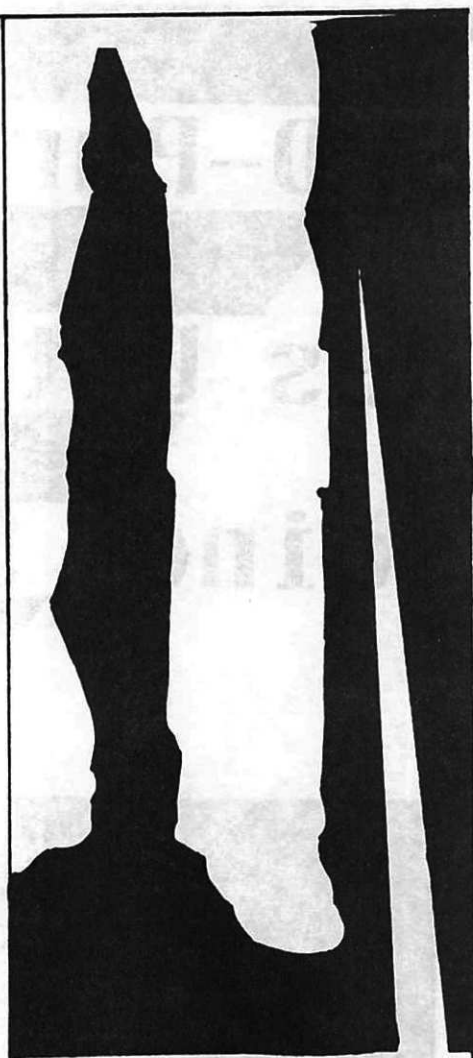
gen beleinandersitzen. Da freut sich der Zahnarzt! Selbst Bürgermeister Welt zeigt, wie geschickt er Bonbons fangen kann. Bernd Overwien von der Bauerpresse bekommt auch seinen Anteil an Süßem zugeworfen; wahrscheinlich zählt er für seine positive Berichterstattung über die Arbeit der SPD-Fraktion schon dazu und wird von Ingrid Kahe, der großen Schweißenden im Rat, dafür mit Bonbons belohnt. Die Mitglieder der CDU-Fraktion sind schon richtig neidisch. Schon gibt es Vorstöße, Ingrid Kahe zur Ehrenbonbonträgerin der Stadt Recklinghausen zu ernennen. Weihnachten '87 soll ihr der große Lolly-Orden von Hüssel überreicht werden. Einfach süß!

Gruß an Hajo

Von unserem Artikel über das zukünftige Recklinghäuser Fremdenverkehrsparadies war Dezernent Hajo Bajon in der letzten Ratssitzung gefesselt. Er konnte während der Debatte keinen Blick von den "Provinznachrichten" wenden. So einen begeisterten HOLZWURM-Leser wünschen wir uns häufiger. Es scheint doch nicht so zu sein, wie im Rathaus gemunkelt wird, daß Hajo nur ein trockener Aktenwurm ist - ohne Sinn für Humor. Die "Provinz"-Redakteure haben jedenfalls nicht diesen Eindruck. Hajo hat durchaus Sinn für Satire.

Dies bemerkten wir z.B. schon auf der VHS-Veranstaltung zur Volkszählung. Bei manchen seiner Äußerungen wußte man nicht, ob er es ernst meinte oder ob es gut gespielte Satire war. Zu seinen Gunsten nehmen wir das letztere an.

Hajo, weiterhin viel Spaß bei deinem Hobby, dem Radfahren! Damit wirst du es in Recklinghausen noch weit bringen!



Holzwurm

Abo...
Wie geht das?

Ganz einfach...
diesem Heft
liegt eine Abo-
karte bei

SPD-Parteitag

des Unterbezirks wirft seine Schatten voraus



Anfang Mai finden die Unterbezirkswahlen der SPD statt. Die Hauptfrage, ist dort: Wer wird Unterbezirksvorsitzender? Behält Niggemeier weiterhin diesen Posten oder wird Kasperek ihn ablösen? Wenn Niggemeier bleibt, wird die Denunzierung von politischen Gegnern, das "Anschwärzen" bei Arbeitgebern wie bei der Caritas in Recklinghausen und bei der Renault-Werkstatt in Oer-Erkenschwick auch zukünftig zur allgemeinen politischen Kultur im Kreis Recklinghausen gehören?

Im Vorfeld der Wahl sind schon einige Vorentscheidungen durch die extremen Rechtsausleger in der SPD gefallen. Nachfolger von Marmulla als AfA-Unterbezirksvorsitzender wurde Römer, Niggemeiers Stellvertreter bei der IGBE-Mitgliederzeitung "Einheit". Er fiel schon am letzten 1. Mai in Castrop-Rauxel auf, als er einen DGB-Sekretär "anschwarzte", der auf der Mai-Demonstration in Castrop DKP-Gewerkschafter mit Handschlag begrüßte. Römer wandte sich an die IGM-Ortsverwaltung; der DGB-Sekretär bekam einen Ruffel. Das und sein bedingungsloses Eintreten für die Atomindustrie prädestinierte ihn, im Recklinghäuser Unterbezirk zum AfA-Unterbezirksvorsitzenden.

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz-Werner Meyer griff bei der AfA-Vorsitzendenwahl in Waltrop ein; hatten doch die Waltroper Sozialdemokraten sich bis zum Schluß gegen die Bundestagskandidatur von Meyer gewehrt, die von Marmulla, Niggemeyer und Wolfram lanciert worden war. Dafür wurden sie von Heinz-Werner Meyer nach seiner erfolgreichen Wahl zurechtgestutzt.

Auch in Recklinghausen wurden vorher die Weichen gestellt; der stellvertretende IGBE-Bezirksleiter und persönliche Wahlkampfleiter von Heinz-Werner Meyer, Lenßen, wurde AfA-Vorsitzender. Nach einer Versammlung des SPD-Ortsvereins Hochlar-mark/Stuckenbusch meldete die "Recklinghäuser Zeitung", daß sich dieser Ortsverein für die Kandidatur Niggemeyers ausgesprochen habe. Zwei Tage später mußte Niggemeyers Leib- und Magenblatt dementieren; der einzige, der sich auf der Ortsversammlung für Niggemeyer ausgesprochen hatte, war der SPD-Landrat Marmulla; flugs war seine Meinung von der "Recklinghäuser Zeitung" als Meinung des Ortsvereins interpretiert worden.

Auch in Herten wurde der Gegenkandidat sofort von

IGBE und SPD aus dem Bereich der Schachtanlage Schlägel & Eisen angegriffen. In Dorsten führten die Auseinandersetzungen fast zur Spaltung eines SPD-Ortsvereins.

Überall im Unterbezirk haben die IGBE-Seilschaften in der SPD Positionen für sich erobert.

Die Unterbezirkswahl wurde zur Richtungswahl hochstilisiert, wobei Kasperek angeblich das linke Spektrum der SPD darstellen soll. Betrachtet man jedoch die Bundes-SPD, lassen sich Kasperek und Welt allerhöchstens der SPD-Mitte zuordnen. Nur weil Niggemeyer und die IGBE-SPD-Seilschaften im Kreis Recklinghausen extrem rechts stehen, sieht es so aus, als ob seine Gegner Linke seien. Dabei sind sie zumeist nur von Niggemeyers Methoden angewidert und peinlich berührt, und Niggemeyers Umgang mit dem politischen Gegner widerspricht ihren etwas humaneren Ansichten. In der Kreis-SPD gibt es keinen linken Flügel allenfalls einzelne SPD-Mitglieder, wie z.B. Gertrud Fleischmann und ein paar Jusos sind dem linken Spektrum in der SPD zuzuordnen.

Noch kurz vor der Unterbezirkswahl erklärte der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Marmulla die Nürnberger Parteitagsbeschlüsse zum Ausstieg aus der Atomwirtschaft in einem Interview mit der "Recklinghäuser Zeitung" praktisch zur Makulatur und leistete damit einen weiteren Beitrag zur Unglaubwürdigkeit der SPD.

Niggemeyers Wiederwahl wird zum weiteren Verfall der politischen Sitten im Kreis führen und zu einer dauerhaften Stärkung der Grünen im Kreis.



Dokumentation zur neuen Gesetzeslage



Aus dem Inhalt:

- Einschätzungsartikel der »atom«
- Teil A: §129a und §130a Gesetze u. Begründung im Wortlaut
Stellungnahme der Bundesanwaltschaft
Verfassungsschützer Lochte, Hamburg
Stellungnahmen der Strafverteidiger
Die Sicherheitsideologie Stümpers
Geschichte der Gesinnungsjustiz
- Teil B: Gesetzespaket vom 28.2.86
Einleitung/Zusammenfassung
Staatssicherheit aus einem Guß
Schleppnetz fahndung
Rasterfahndung
Regelungen zum Einsatz von V-Leuten
Zugriff auf die Super-Datel ZEVIS
Die Bedeutung der Volkszählung
- Adressen, Ermittlungsausschüsse

Die Dokumentation hat einen Umfang von 52 Seiten A 4 und kostet 4.-DM. Wiederverkäufer ab 5 Stck. für 3.-DM.

Bestellungen an:
Göttlinger AK gegen Atomenergie
»atom«, Postfach 1945 in 34 Göttlingen. Tel. 0551-7700158 oder:
Günter Garbers, Posener Str.22 in 2121 Reppenstedt.

KONSERVATIVE FRAUENPOLITIK:



WIE FORTSCHRITTLICH IST FRAU SÜSSMUTH?

Ist Rita Süßmuth eine "Hoffnungsträgerin" für die Frauen dieser Republik in der Regierung Kohl? Oder ist sie ein "Paradiesvogel", um Wählerinnenstimmen für die Unionsparteien zu ködern? Oder aber ist sie vor allem eine Protagonistin derjenigen Kräfte in den Unionsparteien, die mit alten Ideen brechen wollen, um eine konservative Strategie zu entwickeln, die im Computerzeitalter Bestand haben kann?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich Karin Wagner aus Dortmund und 20 Frauen aus Recklinghausen auf einer Veranstaltung des Frauenzentrums vor einigen Wochen im "Drübbelken".

In der Diskussion ging es gerade auch um Rita Süßmuths Haltung zur Familie und zu den Frauen. Inwieweit grenzt sich ihre Haltung von der ihres Parteikollegen Blüm ab, der in seinem Buch "Zur sanften Macht der Familie", die Frauen wegen ihrer biologischen Konstitution auf die Funktion als Mutter und Hausfrau festlegen will.

Die Reduktion des weiblichen Betätigungsfeldes auf die Familie funktioniert heute nicht mehr so reibungslos. Rita Süßmuth ist der Meinung, daß die »gegenwärtige Arbeitsmarktkrise nicht dazu genutzt werden kann, Frauen aus dem beruflichen und öffentlichen Bereich zu verdrängen« (in ihrem Buch "Frauen -- der Resignation keine Chance").

In den 60er und 70er Jahren hat sich das Bewußtsein der Frauen hinsichtlich der Berufstätigkeit stark verändert. Trotz steigender Arbeitslosigkeit ist die Berufstätigkeit von Frauen leicht angestiegen. Das veränderte Bewußtsein wird in konservativer Strategie und Ideologie nutzbar gemacht, um diese in moderner Gestalt wieder attraktiv zu machen. *»Man und frau sind meines Erachtens aber schlecht beraten, die H. Geißler und R. Süßmuth als Teilsieg des Feminismus oder als fortschrittlich einzuordnen«*, so Karin Wagner.

Rita Süßmuth wehrt sich gegen alle Versuche, Frauen aus dem Erwerbsleben zu drängen. Ebenso lehnt sie Schuldzuweisungen, Frauen nähmen Männern den Arbeitsplatz weg, ab. Zur Erklärung der Arbeitslosigkeit findet sie vage Begriffe: "Krise der Erwerbsarbeit", "Verknappung der Erwerbsarbeit", "Erscheinungen der postindustriellen Gesellschaft"; Verantwortung in eigentlichem Sinne will sie niemandem zuweisen.



Zur Bewältigung der Krise schlägt sie eine Neubewertung der Erwerbsarbeit vor. Nicht nur die bezahlte Arbeit ist wertvoll, auch die unbezahlte oder ehrenamtliche Tätigkeit zum Beispiel in der Familie. Wenn diese Arbeit gesellschaftliche stärker anerkannt würde, sei die Einschätzung der bezahlten Erwerbstätigkeit nicht mehr so hoch.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Hintergrund für die von Rita Süßmuth geforderte Neubewertung. Diese soll nach ih-

ren Vorstellungen für beide Partner familiengerecht, teilzeitorientiert und flexibel sein. Außerdem fordert sie bessere Wiedereinstiegsmöglichkeiten für Frauen in den Beruf und notwendige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

sich heraus Selbstregulierungskräfte entwickelt. »Ohne eine ideelle und materielle Aufwertung der in der Familie erbrachten wirtschaftlichen und sozialen und kulturellen Leistungen kann es nicht gelingen, diesen Lebensbereich als zentralen Betätigungsbereich für den Menschen zu verankern. ... Ohne gezielte Förderungen werden sich Erwartungen an Familie - sei es in Bezug auf Selbsthilfe und Familiensolidarität, sei es in Bezug auf die Zahl der Kinder oder die Sorge für pflegebedürftige und alte Menschen - als Wunschdenken erweisen.«

schaftliches Familienbild gewonnen, daß bedeutet u.a. die gleichberechtigte Haushaltsführung durch beide Partner.

Das Ziel von Süßmuth und Blüm bleibt das Gleiche: Familiensolidarität muß wieder erhalten, damit Sozialabbau, z.B. im Bereich der Kinderhort- und Pflegeplätze reibungsloser funktioniert. In einer Situation, in der es für Frauen immer schwieriger wird, einen abgesicherten Arbeitsplatz zu finden, ist die von Rita Süßmuth propagierte Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau reiner Zynismus.

»Die Krise der Erwerbswirtschaft und der öffentlichen Finanzen trifft strukturell gesehen auf eine eher labile als stabile Familie.« Und: »Wird es (der Familienpolitik) gelingen, ohne Rückgriff auf nicht gelebte Familienmodelle dem Wandel der Familie Rechnung zu tragen und tragfähige Fundamente für die Zukunft zu legen? Und zweitens ist zu fragen, ob es der Familienpolitik gelingt, eine weitere zeitliche Verzögerung der längst fälligen Korrekturen zu vermeiden?«

Nicht mehr nur Appelle, sondern finanzielle Belohnung sollen familiäre Solidaritätsleistungen wieder attraktiv machen. Die Verbindung zu konservativer Selbsthilfeideologie, also die Abwälzung staatlicher Verantwortungsbereiche auf die Familie, sind offenkundig, einzig mit dem Unterschied: Familie wird nicht mehr in einem Atemzug mit Frauen genannt. Stattdessen wird für ein partner-

Das Bundeserziehungsgeldgesetz ist für Rita Süßmuth ein Schritt in die richtige Richtung, ein partnerschaftliches Beziehungsmodell zu ermöglichen. Daß dieses Gesetz nur die Scheinwahl zwischen Frau und Beruf festlegt und eben nicht als Ausgleich für entgangenen Lohn (eine Forderung die Rita Süßmuth 1983 noch vertrat), wird der Artikel in der nächsten Monatsausgabe zeigen.

Genauso wie ihr konservativer Kollege Blüm ist sich Rita Süßmuth der Bedeutung angesichts der Massenarbeitslosigkeit und staatlicher Sozialdemontage bewußt. Sie jedoch glaubt an die »sanfte Macht der Familie«, die aus

Eva Prausner



Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen
Antifa
 Antifaschistische Zeitung Recklinghausen



Themen:

- Faschistische Parteien bei der Bundestagswahl
- Aktion gegen "Deutschen Freundeskreis"
- NPD - Parteitag in Waltrop?

Serie

"Das Frauenportrait"

Bei der Benennung von Straßen, Plätzen, Schulen, Jugendheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen ist der HOLZWURM-Redaktion aufgestoßen, daß dafür in Recklinghausen nur sehr selten Namen von bedeutenden Frauen ausgewählt werden.

Diese chauvinistische Haltung von Rat und Veraltung der Stadt Recklinghausen ist ein Ärgernis und zugleich eine Diskriminierung von über 50 Prozent unserer Bevölkerung, eine Herabwürdigung der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, sich mit ihren Möglichkeiten für eine Änderung dieser Praxis einzusetzen.

Teil V:

Constance Marievitz

Bei seinem Besuch in Recklinghausen lobte der englische Botschafter die Bemühungen der Stadt Recklinghausen bei der Betreuung der in den sogenannten Preston-Baracks stationierten englischen Truppen. Recklinghausen sei eine vorbildliche Garnisonsstadt. In dieser Kaserne sind Söldner und Material der Britischen Rhein-Armee stationiert. Ein Großteil der Kampftruppen dieser Rhein-Armee werden im Rotationsverfahren zur Bekämpfung des Widerstandes des nordirischen Volkes gegen die britische Kolonialmacht eingesetzt. Deshalb möchten wir in unserem monatlichen Kurzportrait diesmal an eine irische Revolutionärin erinnern, Constance Markievitz.

Sie war die Tochter von Sir Henry Gore-Booth aus altenglischem Adel. Schon in ihrer Jugend kam sie allerdings mit irischen Revolutionären zusammen, die die Loslösung Irlands von England betrieben.

In Paris lernte sie den polnischen Maler und Dichter Graf Markievitz kennen, den sie bald darauf heiratete. Schon kurz nach der Geburt ihrer Tochter trennte sie sich jedoch wieder von ihm. Sie

engagierte sich nun vehement für den Freiheitskampf der Iren und setzte sich zugleich für die politischen Rechte der Frauen ein. In London attackierte sie Polizisten, während sie ihre Flugblätter und

Frauen
~~Männer~~ machen
 Geschichte

Aufrufe verteilte. 1913 stand sie im Mittelpunkt des großen Laskirestreiks in Dublin und war 1916 beim Osteraufstand Führerin einer 120 Mann starken Schar irischer Revolutionäre.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes durch englische Truppen wurden viele Iren hingerichtet. Auch Constance Markievitz wurde gefangengenommen und zum Tode verurteilt, aber nach einem Jahr amnestiert - um nach 2 Jahren abermals ins Gefängnis zu wandern, wegen Aufrufs zum Streik.

Schon 1908 hatte die "rote Gräfin" den Wahlkampf gegen Churchill organisiert; 1918 wurde sie als erste weibliche Abgeordnete von Dublin in das englische Unterhaus gewählt, nahm aber aus Protest nie ihren Sitz ein. Später zog sie, vom Volk gewählt, in das irische Parlament ein, kümmerte sich bis zu ihrem Tode im Jahre 1927 vornehmlich um die sozial Schwachen.

Es wäre wünschenswert, wenn die Maybachstraße zum Gedenken an diese Revolutionärin in Constance-Markievitz-Straße umbenannt würde.



Kleinanzeigen

Suche Schlafmöglichkeit alle paar Wochen am Wochenende in Recklinghausen. Lutz Gregor, Tel. (030) 251 69 34, rufe zurück.



Im Waldhäuschen ist ein Zimmer frei: Wohngemeinschaft (31; 28; 26, w) sucht neue/n Mitbewohner/in in Dorsten. Zuschriften unter Kennwort "Waldhäuschen" an HOLZWURM, Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen



WG in RE-Mitte (w/w) sucht zum 15.5. oder später Mitbewohner/in ab 28 Jahren für 23 qm großes schönes Zimmer. Tel. 21486 abends, am Wochenende ab 10 Uhr



Suche gebrauchten Polo oder Golf. Willi, Tel. 18 25 31



Verkaufe Nähmaschine, ausklappbar, mit Schrank und Extras; DM 70. Willi, Tel. 18 25 31

Wir suchen einen großen, runden Konferenztisch, aber für lau. Holen natürlich ab. Holzwurm, Tel. 1 56 98



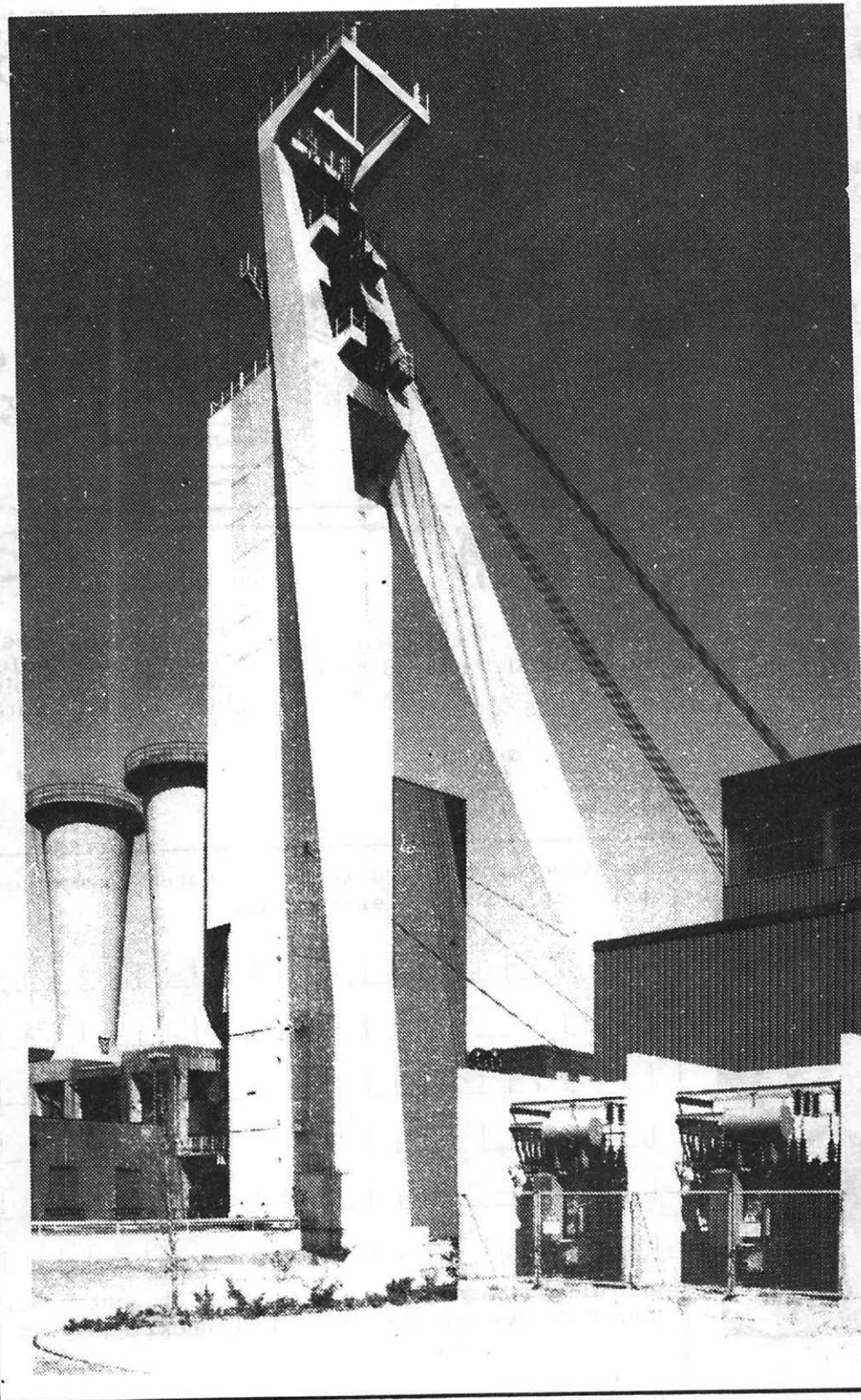
Bernhard bietet an:
solide handgefertigte Körbe
Ruf: RE 29840 oder 15698

Veröffentlicht bitte in der nächsten Nummer kostenlos folgende private Kleinanzeige:

Ausfüllen, aussägen, eintüten und ab geht's an:
HOLZWURM, Münsterstr. 2 a, 4350 Recklinghausen

Und von wem ? _____

Zuckerbrot und Peitsche -



von
Abschuß
bedroht:
Pütt Schlägel
und Eisen
in Herten

Das Chaos der Grünen

Kohlepolitik

Die Krise im Steinkohlenbergbau verschärft sich seit Wochen und die Stellungnahmen der GRÜNEN ließen bislang auf sich warten. Einige Ausnahme: ein Leserbrief in der "Recklinghäuser Zeitung" und einige Worte in der Ratssondersitzung. Als das Kohleforum der GRÜNEN am 4. April in Herten angekündigt wurde, sah es so aus, als würden die GRÜNEN erwachen. Kann es noch schlimmer kommen?

Es kann! Die Veranstaltung begann mit dem warnenden Hinweis von Dr. Ulrich Briefs, daß der gesamte Verlust an Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie und im Steinkohlenbergbau 800.000 betragen kann. Gegen diesen Kahlschlag im Ruhrgebiet habe sich die gesamte Bevölkerung zur Wehr zu setzen.

Weiter ging es mit einem Dementi. Dementis sind nicht erst modern, seit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sein "Welt"-Interview gegeben hat, und wenige Tage später behauptete, er habe nichts von 50.000 Bergbauarbeitsplätzen gesagt, die demnächst vernichtet werden.

E. Stratmann dementierte die Aussage von Frau Waltraud Schoppe, die jüngst für die GRÜNEN bekundet hatte, sie sehe keinen Sinn in weiteren Subventionen für Stahl und Kohle. Schön, die GRÜNEN sind also geschlossen für den Erhalt der Arbeitsplätze?

Weit gefehlt! Kurzfristig wollen die GRÜNEN alle Zechen erhalten, aber dem Abbau der Koksexporte wollen sie nichts entgegensetzen. Festhalten an der Subventionierung der Koksexporte deklarierter Stratmann während der Diskussion als "chauvinistische" Politik. Kann man noch größere Böcke schießen? Ja - bei den GRÜNEN ist

nichts unmöglich. In der Kohlepolitik versucht man sich derzeit in der Quadratur des Kreises.

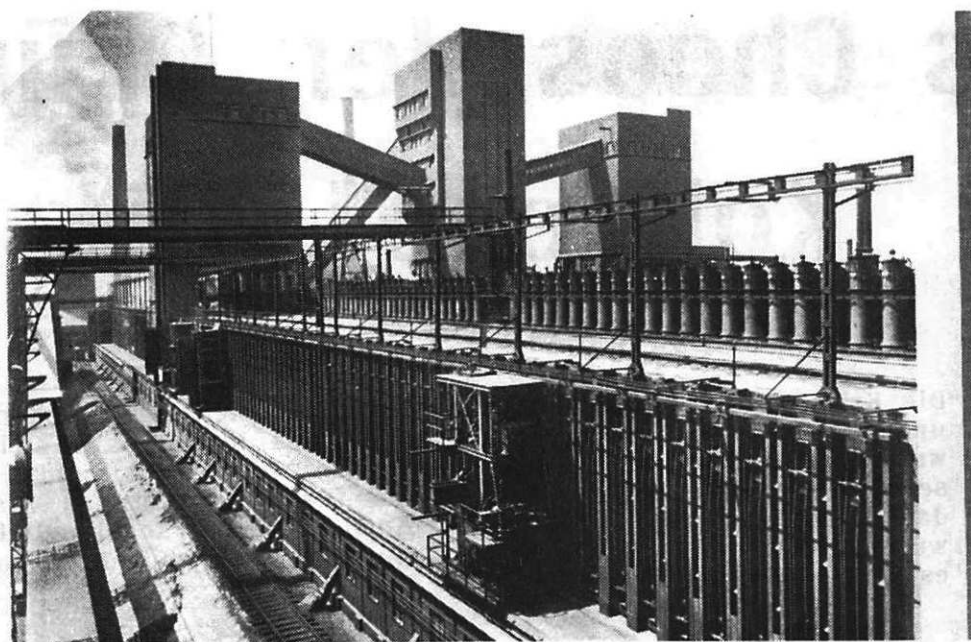
„Vollständiger Erhalt der Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau“ fordert das Flugblatt der GRÜNEN, das als Hinweis auf die Veranstaltung verteilt wurde. Während der Veranstaltung stellte sich heraus, daß die "Kohleexperten" der GRÜNEN nicht einmal wissen, wieviele Arbeitsplätze von den Koksexporten abhängen. Die Bergleute von "General Blumenthal", die große Mengen Koks-kohle nach Frankreich liefert, werden sich bedanken, wenn man ihnen Donnerstag abend ein Flugblatt unter die Nase hält, das ihnen den Erhalt der Arbeitsplätze verspricht, um ihnen am Sonnabend zu erklären: Auf Eure Arbeitsplätze müßt ihr leider verzichten!

Aus Bonn verlautete bereits: der gesamte Koks-kohlenexportmarkt geht verloren. Der Inlandsabsatz der Koks-kohle wird entsprechend den Stilllegungen im Stahlbereich reduziert. Von der Koks-kohle hängen insgesamt ein Drittel der Berbaulegegeschäften ab, das sind rund 50.000 bis 60.000 Arbeitsplätze.

Allerdings versprechen die GRÜNEN dem Bergbau eine mittelfristig gesicherte Existenz. Für eine Übergangszeit - bis der Ausstieg aus der

Atomwirtschaft vollzogen ist - soll die Kohle die Energieversorgung sichern. Danach soll der Bergbau von den alternativen Energien verdrängt werden. So sinnvoll der Einsatz alternativer Energien ist, sie sind heute nicht verfügbar, weil sie von keiner Bundesregierung gefördert wurden; alle Bundesregierungen setzen auf die Verdrängung der fossilen Brennstoffe durch die Atomenergie.

Man muß den GRÜNEN zugestehen, daß sie als Partei des Umweltschutzes andere Interessen am Bergbau haben als die Bergleute. Für die Bergleute geht es um die Arbeitsplätze, für die GRÜNEN um eine saubere Umwelt. Beide Interessen müßten sinnvoll unter einen Hut gebracht werden. Das ist die langfristige Perspektive, zu deren Schaffung auch neue Arbeitsplätze gehören.



Der Absatz der Kokereien läßt bedingt durch Importe stark nach

Die derzeitige Kohlepolitik der GRÜNEN - vorausgesetzt, das was sie in Herten als eine solche vorstellten, ist Parteiprogramm der GRÜNEN - ist weder geeignet, die Arbeitsplätze zu erhalten, noch dient sie der Umwelt.

Dorothee Vogel von der Initiative Atom-Stop (Recklinghausen) merkte in der Diskussion an, erstmals gebe es die Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen von Umweltschützern, AKW-Gegnern und Bergleuten. Und die GRÜNEN sind drauf und dran die Chance zu verspielen.

Arbeiter sind nicht für politische Luftschlösser zu begeistern. Die alternativen Energien sind zur Zeit aber solche Luftschlösser und die Ersatzarbeitsplätze, die von den GRÜNEN versprochen werden, können sie mangels politischer Macht nicht durchsetzen. Sie bekommen aber auch nicht die Unterstützung der Bergarbeiter, wenn sie ihnen Zuckerbrot und Peitsche gleichzeitig anbieten.

Schlimmer noch: Diese Art von Kohlepolitik führt in die umweltpolitische Sackgasse.

Der Bergbau soll jetzt der Atomenergie geopfert werden. Sind die Kohlekraftwerke erst einmal außer Betrieb, die Zechen abgesoffen, dann können die Atomkraftwerke nicht einfach abgeschaltet werden, ohne daß es Energielücken geben wird. Eine solche Situation will die CDU/FDP-Regierung schaffen, wenn sie wie der Abgeordnete Gerstein (CDU, Dortmund) Kohle und Kernkraft gegeneinander ausspielt.

Besonders die Frage der Koks-kohle zeigt, wie wenig Gedanken die GRÜNEN sich gemacht haben. Die deutsche Koks-kohle wird zugunsten von Importkohle dezimiert. Ist es vielleicht ökologisch, mit einem immensen Energieaufwand Koks-kohle aus Kolumbien nach Europa zu verschiffen? Wer hätte heute die Macht, zunehmende Koks-kohleimporte aus Südafrika zu verhindern? Mit vermehrten Koks-kohleimporten wird gleichzeitig das rassistische Regime in Pretoria unterstützt, was ebenfalls ein merkwürdiges Licht auf die grüne Politik wirft.

Als abschließende Bemerkung: Dem Ausstieg aus der Kernkraft sind wir seit

Tschernobyl keinen Schritt näher gekommen. Die Mobilisierung der GRÜNEN für einen Volksentscheid ist nach wenigen Wochen mangels organisatorischer Kräfte zusammengebrochen. Wenn sie jetzt nicht entschieden für den Erhalt des Bergbaus eintreten, werden sie in der Atomfrage bald vor vollendeten Tatsachen stehen. Das gilt besonders für die grüne Koks-kohlepolitik.

Erst wird die europäische Koks-kohle von importierter Koks-kohle verdrängt, dann werden die Stahlbarone die Direktreduktionsverfahren mit Atomstrom fördern; in naher Zukunft könnten dann Direktreduktionsverfahren mit "billigem" Atomstrom den herkömmlichen Verhüttungsprozeß mittels Koks ersetzen.

Karl A. Mezek



Von der Kunst zu studieren

Der Druck von Zulassungsbeschränkungen und Prüfungsämtern haben schon viele die Kunst des Studierens lernen lassen. Von finanziellen Problemen für BAföG-Empfänger ganz zu schweigen. Weit mehr Kunstfertigkeit mußte Jamal Karsli, in Syrien geboren, aufbringen, um in Deutschland zu studieren. Als er jedoch den Studiengang wechseln wollte, geriet er in die Fänge der Verwaltung.

richt argumentierte, die Kultusbehörden seien an die

Wer mit ähnlichen Problemen wie Jamal Karsli zu kämpfen hat und sich informieren/austauschen will, wende sich bitte an die Redaktion (Ralf).

Vorschriften gebunden, und diese seien eindeutig. Auf der anderen Seite ließ das Gericht jedoch durchblicken, daß die

mit seiner deutschen Freundin hatte er die deutsche Staatsbürgerschaft erlangt. Der Abschluß des Studienkollegs und das syrische Zeugnis wurden für die Studiumszulassung nicht akzeptiert; als Deutscher mit ausländischem Abitur müsse er ein Äquivalenzzeugnis für sein syrisches Abitur vorlegen.

Da die Zeit drängte, fuhr er noch am gleichen Tag nach Düsseldorf, um sich das geforderte Zeugnis zu beschaffen. Was er erhielt, war lediglich die Auskunft, sein Studienkollegabschluß reiche zur Zulassung aus. Die Uni Dortmund beharrte jedoch weiterhin auf die Vorlage eines Äquivalenzzeugnisses. Sie waren zudem der Meinung, mit seinem syrischen Abiturergebnis hätte er gar nicht zum Studienkolleg zugelassen werden dürfen.

Sein Versuch, seine Ausbildung als der Hochschulreife gleichwertig anzuerkennen lassen, schlug fehl. Das Ge-

Uni Dortmund einen größeren Handlungsspielraum habe, und eine Zulassung daher noch möglich sei.

Jamal Karsli selbst glaubt, daß die Behörden und die Universität nicht an einer offiziellen Lösung interessiert sind: *„Sie fürchten einen Präzedenzfall, auf den sich dann viele (ehemalige) Ausländer berufen können, die bisher auch Probleme haben, ihre Zeugnisse anerkannt zu bekommen.“*

Trotz seiner Abschlüsse, trotz seines Studiums kann es Jamal passieren, daß ihm "nicht studierfähig" attestiert wird. Da wird die "Kunst zu studieren" zum Ritt durch die Verwaltungs- und Gerichtsinstanzen.

Solange Jamal noch als Ausländer galt, durfte er studieren. Aber auch hier reichten sein Abitur und ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium in Syrien nicht aus. Vor der Zulassung zum Studiengang Bauingenieurwesen mußte der das Studienkolleg der Uni Münster besuchen. Dort legte er eine Feststellungsprüfung ab, deren Ergebnis mit seinem syrischen Abitur zusammen der Uni Bochum zur Zulassung genügte.

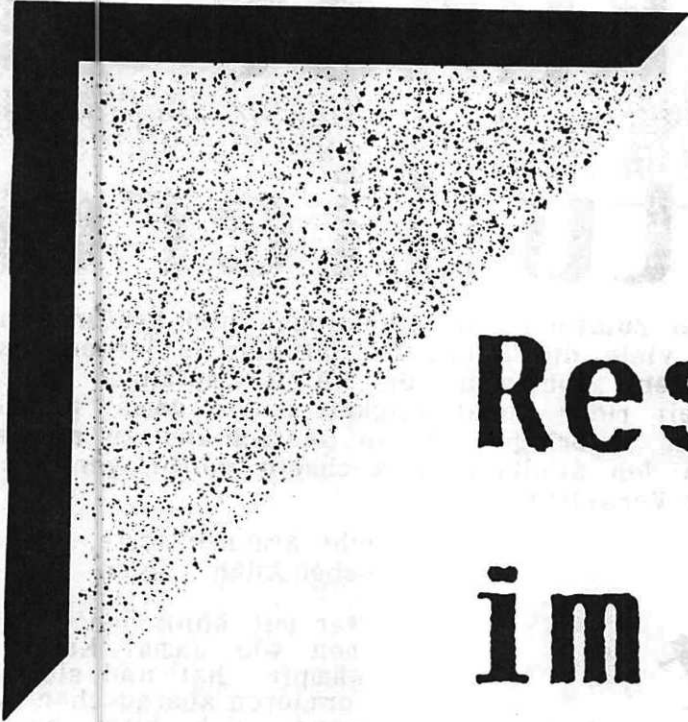
1983 begann er dieses Studium. Wie so viele Studenten vor ihm, mußte er erfahren, daß der gewählte Studiengang ihm nicht so zusagte wie erwartet. Er entschloß sich zu einem Studiengangwechsel.

Die "Raumplanung" an der Uni Dortmund sollte es sein. Auf seine Nachfragen erhielt er positive Antwort; er könne nach Dortmund wechseln und aufgrund seines bisherigen Studiums könne er sogar das 1. Semester überspringen, hieß es.

Daraus ist bis heute nichts geworden - er konnte sich nicht einschreiben, lief vielmehr von Behörde zu Behörde, zog vor Gericht, - und verlor in der ersten Instanz.

Als Jamal Karsli sich 1985 in Dortmund für den Studiengang Raumplanung einschreiben wollte, hatte sich seine Situation schwerwiegend geändert. Durch die Heirat

Wenn Du nicht in Deutschland geboren bist



Kohle- Resolution im Rat:

SPD und CDU - ein Herz und eine Seele

Zu Beginn der Ratssitzung ziehen Mitglieder der IGBE-Jugend in den großen Sitzungssaal und entrollen Transparente, auf denen sie die Solidarität mit den Bergleuten fordern. Gleich zu Sitzungsbeginn fordert Bürgermeister Welt die jungen Bergleute auf, ihre Demonstration im Sitzungssaal zu beenden und die Transparente einzuziehen. Auch werden die Gäste darauf hingewiesen, Beifall oder Mißfallenskundgebungen zu unterlassen.

Die Kohle-Resolution, die Welt in interfraktionellen Gesprächen vorbereitet hatte, kommt als erster Punkt auf die Tagesordnung. Wortreich die Ausführungen von Welt, inhaltlich orientiert an "seinem" Gewerkschaftsvorsitzenden Meyer. Der Kern: "Vorsicht vor der OPEC, Kohle wird durch Öl verdrängt". Den Hauptkonkurrenten der Steinkohle in der Elektrizitätserzeugung, die Atomkraftwerke, läßt er ungeschoren.

Das zeichnet auch die Erklärung von Peter Budschun (SPD-Fraktionsvorsitzender) und des Vertreters der CDU-Fraktion aus. Von den Nürnberger Ausstiegsbeschlüssen ist bei den Genossen keine Rede. SPD und CDU-Ratsfraktion sind im Rat mal wieder ein Herz und eine Seele und verabschieden mit ihren Stimmen die Resolution.

Die Grünen sprechen sich gegen diese Resolution aus, weil darin die Rückkehr zum "energiepolitischen Konsens" gefordert wird. Welt versucht, die Grünen noch über den Tisch zu ziehen. "Dieser Be-

griff ist doch inhaltlich unbestimmt."

Als ob nicht jeder weiß, daß sich dahinter der weitere Ausbau der Kernenergie verbirgt. Der "energiepolitische Konsens" ist das Hauptargument der Bonner Atomlobby. Der Begriff wurde geprägt von VEBA-Chef Benningsen-Förder, der damit die Offensive der Atom-Lobby gegen die Nürnberger SPD-Ausstiegsbeschlüsse einleitete.

Bangemanns Erklärungen sind deren logische Fortsetzung. Durch Druck auf die IGBE und damit auf die SPD sollen die Ausstiegsbeschlüsse



Kohleimporte aus Südafrika steigen weiter

Die Einfuhren südafrikanischer Kohle in die Bundesrepublik stieg 1986 auf 4,1 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahr. Damit haben die Südafrikaner einen Anteil von 40 Prozent am gesamten Steinkohlenimport der Bundesrepublik. Im gleichen Jahr hatte die südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft, NUM, aufgerufen, südafrikanische Produkte zu boykottieren.

»Ein wesentlicher Grund für die Aufrechterhaltung der Exporte ist in den niedrigen Angebotspreisen Südafrikas zu sehen, die auch die Preisschwäche auf dem Weltkohlenmarkt wesentlich mitverursacht haben. Die ausgefallenen Lieferungen nach Europa konnten über den Preis im asiatischen Raum untergebracht werden. Die EG blieb aber trotzdem wichtigster Absatzmarkt für südafrikanische Kohle. Aufgrund der stagnierenden Exportmengen gingen 1986 die Einnahmen aus den Kohleexportgeschäften weiter zurück. Das bedeutet für Südafrika eine schwere Belastung, da eine hohe Auslandsverschuldung besteht und Kohle der zweitwichtigste Devisenbringer nach dem Gold ist.« ("Glückauf", Nr. 6/87).

Falls dann doch nicht genug Devisen hereinkommen, hat die Regierung in Pretoria genug Freunde: Ende März stundeten die Banken ihr die Rückzahlung der Kredite für drei Jahre, u.a. sind die Deutsche Bank, Dresdner Bank und Bayerische Vereinsbank die Kreditgeber.



rückgängiggemacht werden. Unter dem Stichwort "Kohle und Kernenergie" fand in den letzten Jahren eine systematische Zurückdrängung der Kohle statt. Das bedeutete Zechenstillegungen und die Vernichtung zehntausender von Arbeitsplätzen.

Mit der Aufnahme dieses "energiepolitischen Konsenses" in den Beschluß des Recklinghäuser Rates sich die CDU-Atompolitik auch in unserer Stadt durchsetzen können. Die SPD-Ratsfraktion ist weit hinter die Nürnberger Beschlüsse zurückgefallen. Kein Wort vom Ausstieg aus der Atomindustrie und Ersetzen der Kernkraftwerke durch umweltfreundliche Kohlekraftwerke! Natürlich auch kein Wort zum Stopp der blutigen südafrikanischen Importkohle. Der Atom-Lobbyist und Unterbezirksvorsitzende der SPD Niggemeyer kann zufrieden sein: Der Arbeitsplatz seines Sohnes als PR-Mann beim Hammer Atomreaktor ist gesichert.

Die Folgen solcher Politik sind klar:

50000 Arbeitsplätze im Bergbau will Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) langfristig vernichten. Aus dem Kanzleramt verlautete inzwischen, daß in den nächsten 2 Jahren die ersten 18000 Arbeitsplätze durch die Stilllegung einer Jahresförderung von rd. 9 Mio. Tonnen verlorengehen sollen. Das ist die "Kohlevorrangpolitik" der Bundesregierung.

Der Hochtemperatureaktor in Hamm ging ans Netz, als 6000 Gneisenau-Kumpel in Dortmund den Arbeitsplatz verloren. Das AKW Mülheim-Kärlich ging in Betrieb, als die Stilllegung von "Zollverein" und "Minister Stein" (zus. 8500 Arbeitsplätze) beschlossen war. Der "Schnelle Brüter" und das AKW Lingen werden noch in diesem Jahr Strom liefern. Auf der Stilllegungsliste stehen ganz oben die Bergwerke: "Camphausen" (Saar), "Emil Mayrisch" (Aachener Revier), "Westfalen" (Ahlen), "Minister Stein" (Lünen), "Schlägel & Eisen"

(Herten), "Nordstern/Consolidation" (Gelsenkirchen).

Den Koks Kohleexport deutscher Zechen will Bonn ganz einstellen. Den Koksabsatz an die eigene Stahlindustrie will man entsprechend den Stahlwerksstillegungen zurücknehmen. Der Wärme- und Strommarkt soll zugunsten der Atomenergie für die Kohle verlorengehen.

Noch haben wir die Möglichkeit, aus der Atomkraft auszusteigen. Noch sind genug Kohlekraftwerkskapazitäten vorhanden. Aber die Bonner Kohlepläne sind der erste Schritt in die totale Abhängigkeit von der Atomenergie.

Das alternative Konzept, die Energieversorgung durch kohlebefeuerte Blockkraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplung zu sichern und auf Atom zu verzichten, ist auf die Steinkohle aus dem Saar-, dem Aachener-, dem Ruhr- und dem Ibbenbürener Revier angewiesen. Das Zechensterben schwächt die gesamte Anti-Atom-Bewegung.



Vetternwirtschaft auf Blumenthal

Auf Blumenthal geistert ein neuer Witz: "Willst Du in den Betriebsrat, musse einheiraten oder Dich adoptieren lassen." Nicht weniger als acht der gewählten Betriebsratsmitglieder sind mit dem Vorsitzenden Manfred Grewe verwandt!

Diese Besonderheit der Wahl war den meisten Kumpel sicherlich nicht klar und nun herrscht die Besorgnis, die Vetternwirtschaft könne um sich greifen. "Nun ist ja ist zu befürchten, der Betriebsratsvorsitz wird nur noch durch Erbschaft vergeben. Gewisse adlige Züge sind ja schon festzustellen.

Die Wahl von Manfred Grewe zum Betriebsratsvorsitzenden am 03. April war auch eine persönliche Niederlage des Bezirksleiters der IGBE-Nord, Dieter Bendrath, der den Steiger Klaus Preuß favorisierte. Dessen Versuch, kurz vor der Wahl noch für sich in der WAZ Stimmung zu machen, stieß allerdings bei den Kollegen auf Ablehnung.

Im neuen Betriebsrat sitzen als Vertreter der Arbeiterseite alleine 17 Mitglieder der Ortsgruppe Ost 4 (von insgesamt 24 !), die nun bei den Abstimmungen "am Drücker sind". Bei der Wahl der freigestellten Mitglieder des Betriebsrates (fahrender Ausschuß) bekam das auch gleich ein türkischer Kollege zu spüren. Obwohl er unter den 10 ersten der Wahl war, wurde er nicht freigestellt.

Der Verdacht auf Ausländerfeindlichkeit wird auch durch die Betriebsratswahl selber gestärkt. So wurden die türkischen Kollegen "gezwungen", eine Vorwahl zu treffen, weil nur zwei Türken zum Betriebsrat kandidieren sollten. Zweiklassenwahlrecht auf General Blumenthal.



IMPRESSUM

Der Holzwurm ist eine unabhängige Lokalzeitschrift. Alle Einkünfte werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle Redaktionsmitglieder arbeiten ehrenamtlich/unentgeltlich und sind über die unten angegebene Anschrift zu erreichen. Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien und sonstigen Interessensgruppen versteht sich der HOLZWURM als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit. U.a. sollen Themen aufgegriffen werden, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden und es sollen Zusammenhänge dargestellt und diskutiert werden. Entscheidungen treffen beim HOLZWURM ausschließlich und gleichberechtigt die Mitar-

beiter/innen. Der verantwortliche Redakteur wird ausschließlich angegeben, um dem Pressegesetz genüge zu tun.

Der HOLZWURM erscheint 11mal im Jahr jeweils zum Monatsanfang. +++ Druck und Herausgeber: "Ziegelbrenner" Verlagsgesellschaft m.b.H. +++ Einzelheft: 1,50 DM +++ 12-Hefte-Abonnement: 20 DM/ Förderabonnement 30 DM und mehr +++ Private Kleinanzeigen sind kostenlos/ Gewerbliche Anzeigen laut Anzeigenpreisliste 1/86 +++

ISSN 0176 - 8174

Redaktionsanschrift: Münsterstr. 2a, 4360 Recklinghausen (Innenstadt), Telefon 02361/15698.
Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Reckling-

hausen, Konto: 10 100 55 200 (BLZ 426 101 12)

Presserechtlich Verantwortlicher dieser Ausgabe: Ralf Kropla.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nächster Redaktionsschluß:
19.5.1987

Artikel, Beiträge, Leserbriefe, Hinweise, Zeichnungen u.v.m. werden von der Redaktion gerne angenommen. Mitarbeiten kann auch jeder. Vom Schreiben der Artikel, über das Tippen (Satz), der Gestaltung (Layout) bis hin zum Druck und dem Vertrieb wird im HOLZWURM alles von den Mitarbeitern selbst erledigt. +++

Fortsetzung von Seite 22
 formen entfernt. Die regel-
 mäßige Einberufung des Ver-
 einigten Landtages sollten
 weitgehend unberücksichtigt
 bleiben. Die bedingte
 Preßfreiheit wurde "garan-
 tiert", in der Praxis blieb die
 Zensur bestehen.

**"Ruhe und
 Ordnung"
 müssen
 erhalten
 werden**

Diesmal hinterließ die revo-
 lutionäre Bewegung tiefere
 Spuren im Vest. Größte Sorge
 der Obrigkeit war, "Ruhe und
 Ordnung" zu halten. In der
 Kreisstadt Gladbeck schlug
 der Amtmann Tosse dem Ge-
 meinderat Anfang März vor,
 die Gemeinde solle sich
 wehrhaft machen, um
 »Invasionen brodloser Arbeiter
 von Außen mit Kraft entgegen-
 zutreten«.

Am 18.3.1848 hatte die
 preußische Garde das auf-
 ständische Berliner Proletariat
 blutig niedergeschlagen, das
 Ereignis wurde in der Reck-
 linghäuser Presse mißbilligend
 registriert. Gleichzeitig for-
 derte ein Bürger in einem
 Leserbrief seine Mitbürger
 auf, ihre Beschwerden und

Nach sechs Tagen verkündete
 der Magistrat stolz die ge-
 lungene Bildung der Bürger-
 wehr zur Verteidigung des
 Eigentums der besitzenden
 Einwohner.

An anderen Orten des
 Vestes waren bereits größere
 Unruhen entstanden: durch
 Horst zogen die Menschen mit
 den Rufen »Es lebe die Frei-
 heit!« In Buer versammelten
 sich rund 30 Personen aus
 den unteren Volksschichten
 und zogen nach Westerholt,
 wo sie eine Delegation ins
 Schloß entsandten. Der Graf
 war abwesend, lehnte aber
 nach seiner Rückkehr die
 Forderungen nach Wegerecht
 über das gräfliche Grundstück
 und Laublese ab. Diese be-
 scheidenen Forderungen ver-
 anlaßten den Grafen Otto zur
 rigorosen Reaktion; für den

waren der Obrigkeit bereits
 nicht mehr geheuer; nach
 Dorsten wurde eine Infante-
 rieabteilung von zwei Offi-
 zieren und 50 Mann entsandt
 und die besitzenden Klassen
 bildeten eine Bürgerwehr mit
 240 bewaffneten Mitgliedern,
 zu deren Bewaffnung das Mi-
 litär Gewehre des Militärde-
 pots Münster lieferte.



Reformwünsche dem König zu
 Füßen zu legen, wie dies auch
 andernorts geschah.

Die Zunahme solcher radika-
 ler Töne veranlaßte die Ma-
 gistratsmitglieder der Stadt
 Recklinghausen nach Glad-
 becker Vorbild, die Bildung
 einer Bürgerwehr zu fordern.

Fall weiterer "Feindseligkei-
 ten" kündete er an, Pachtland
 nach Ende der bestehenden
 Verträge nicht wieder an die
 Familien aus Buer zu verge-
 ben.

In Dorsten gingen die Bürger
 gegen einen Steuereintreiber
 vor. Diese wenigen Aktionen

An der sozialen Not der Ar-
 men kamen die Herrschenden
 nun nicht mehr so leicht
 vorbei. Die Stadtverordneten
 Recklinghausens richteten im-
 merhin die klägliche Bitte an
 den größten Grundbesitzer des
 Kreises, den Herzog von
 Arenberg, wirksame Abhilfe
 für die Armut zu schaffen.
 Die vorgeschlagenen Abhilfen
 waren die Errichtung einer
 Krankenanstalt unter Leitung
 von "barmherzigen Schwe-
 stern" und die Überlassung
 des ungenutzten Augustiner-
 Klostergebäudes für diesen
 Zweck, der Verzicht auf den
 Zehnten und die Frondienste
 sowie die Abschaffung zu
 hoher Taxen bei der Ver-
 pachtung des Landes an arme
 Bauern.

Politische Forderungen erhob
 in vorsichtiger Weise eine
 kurz danach veröffentlichte
 Denkschrift, die für die Bau-
 ern alle Rechte und Freihei-
 ten der Bürger und die Ein-
 richtung einer unparteiischen
 Beschwerdestelle forderte.

WURZEL
Naturkostladen

*Täglich frisches Brot
 und Kuchen
 außerdem
 Gemüse, Milchprodukte
 und vieles mehr
 gibt's bei uns*



*D.Kerski - G.Riese
 König-Ludwig-Str. 24
 4350 RE-Süd
 Tel.: 32531*

Anzeige

Die Wahlen zur Nationalversammlung

Zur Nationalversammlung bildete Recklinghausen zusammen mit den Ämtern Wattenscheid, Olfen, den Städten Dülmen und Haltern und anderen einen Wahlkreis. Man hißte überall die Flagge Schwarz-Rot-Gold und erst-



mals kamen auch radikale, antiklerikale Töne auf. *„Vom Mittelalter her war uns die Herrschaft des Krummstabs mit all ihrem Glück und all ihrem Unglück überkommen, klagte ein Bürger aus Buer vor den Wahlen und ließ dabei druchblicken, daß er von den Wahlen zur Nationalversammlung eine grundlegende Änderung auch bei den Einflüssen der Kirche wünschte. Doch eine durchgreifende Reform muß zuerst in den gutsherrlichen Verhältnissen eintreten, fügte der Bürger hinzu. Andere Bürger des Kreises merkten zur Kandidatur für die Wahl an: „Ein schlichter Bürger oder Bauer mit seinem klaren Verstande ist so viel wert als ein gelehrter Bürgermeister, Pfarrer, Vikar oder Lehrer; die Herren in Schlafrock und Pantoffeln wissen garnicht, wo uns der Schuh drückt.“*

Mitglieder der preußischen Nationalversammlung wurden

dennoch die Herren mit der politischen Schlafmütze, gewählt wurden Dr. med. Funke aus Recklinghausen und Pfarrer Lorenz aus Waltrop wurde sein Stellvertreter. In die deutsche Nationalversammlung entsandte der Wahlbezirk Dr. Junkmann aus Münster, der anscheinend ein zurückgezogenes Gelehrtenleben in Münster und Hellinghausen führte und als Dichter so wenig taugte wie als Politiker. (Junkmann gehörte zum Freundeskreis von Annette von Droste-Hülshoff und verfaßte eigene vielgelesene Gedichte minderer Qualität.) Der Katholik Junkmann schloß sich in der Paulskirche standesgemäß dem rechten Zentrum an, war später Anhänger der großdeutschen Partei und trat während der Debatten in der Nationalversammlung nicht in Erscheinung.

Die Verhandlungen der preußischen und deutschen Nationalversammlung befriedigten die Bevölkerung nicht. Neue Unruhe breitete sich aus und der westfälische Oberpräsident erkundigte sich bei den Administrationen nach dem Stand der Bürgerwehren. Bei 3.658 Einwohnern konnte die Recklinghäuser immerhin rund 300 Mann *„zum Schutze des Eigentums“* mobilisieren. Starke Bürgerwehren bestanden auch in Osterfeld (70 Mann), Buer (150 Mann), Bottrop (100 Mann) und Dorsten (120 Mann); mit Gewehren, Picken und Keulen bewaffnet erwarteten die Herren mit den weißen Kragen das Übergreifen der Unruhen und Streikbewegungen aus dem Mülheimer, Essener und Bochumer Bezirk.

Landrat Devens forderte weitere Unterstützung gegen die Arbeiter und Handwerker an, indem er darauf aufmerksam machte, daß der Kreis Recklinghausen nur über zwei berittene und zwei unberittene Gendarmen verfüge.

Die politischen Wirren jener Zeit führten zum Entstehen der ersten politischen Vereine wie dem *„Konstitutionellen Verein“* in Dorsten, der am 22.10.1848 mit dem konserva-

Veränderungen in der politischen Kultur

tiven Ziel gegründet wurde, *„die konstitutionelle Monarchie zu heben“*. Den Konstitutionellen Vereinen gehörten in der Regel Beamte an, die wöchentlich über politische Tagesthemen debattierten und wenig praktische Arbeit leisteten – die Monarchie sollte möglichst billig zu haben sein.

Die Organisation der Arbeiterbewegung vollzog sich gleichfalls nur schleppend und unter maßvollen Forderungen in dem wenig industrialisierten Vest. Am 12.11.1848 sprach auf einer Handwerkerversammlung auf dem Recklinghäuser Rathaus das Mitglied des Leipziger Centralkomitees für die deutschen Arbeiter, Schweniger, und bezeichnete die *„Selbsthilfe durch Einigkeit als die einzige Quelle des Heils für die Arbeiter“*. Organisation und Verbrüderung der Arbeiter könnten dieselben von der Unterdrückung durch das Kapital befreien. Im Dezember gründeten Recklinghäuser Handwerker einen Handwerkerverein, dessen 1. Präsident der Eisengießer Cassel war.

Einige Wochen vorher gründeten einige Bürger im Saal der Gastwirtschaft *„Hilberg“* am Viehtor einen Volksverein, der in seiner ersten Versammlung überwiegend die Frage der Steuerverweigerung debattierte. Trotz solch praktischen Forderungen hielt der Verein an den bestehenden Zuständen und der Monarchie fest; § 2 seiner Satzung lautet:

„Der Verein setzt sich zum Zwecke, durch alle ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel a) die gesetzliche Ordnung und die zwischen Regierung und Volk vereinbarte oder gestgesetzte Verfassung zu schützen, indem er insbesondere b) allen reaktionären, republikanischen oder anarchistischen Bestrebungen entgentritt.“

Praktisch bedeutet das ein Festhalten am Königtum; wie aber sollten die anderen Ziele des Vereins - Pressefreiheit, freies Versammlungsrecht u.a. - durchgesetzt werden, wenn eben jener König jede Gelegenheit nutzte, alle Reformen rückgängig zu machen und jedes Blatt verbot, daß zu heftig für Reformen Stimmung machte?

Ende 1848 jagte das Ministerium Brandenburg-Manteuffel die deutsche Nationalversammlung auseinander. Beim "Politischen Club" der Buerer Bürger setzte ein »Entrüstungssturm« ein; man schrieb einen Brief an die Volksvertreter, deren Suspension die Monarchie verfügt hatte: »Hohe Nationalversammlung! Mit schmerzlichem Gefühl haben die unterzeichneten Bewohner vernommen, daß das Ministerium Brandenburg-Manteuffel es wagte, ohne Zustimmung der hohen National-Versammlung dieselbe im Namen der Krone zu vertagen und nach einem anderen Orte zu verlegen.« Schöne Demokraten, deren Kritik nur die Tatsache berührt, daß Manteuffel nicht ihr Einverständnis eingeholt hatte!

Ebenso verschwommen verfaßt war eine Adresse des Recklinghäuser Volksvereins an Seine Majestät persönlich: »Königliche Majestät! Wir bitten zur Beruhigung des teuren Vaterlandes, unter Entlassung des jetzigen Ministeriums sich mit Männern zu umgeben, welche das Zutrauen des Landes besitzen, und den Beschluß wegen Verlegung der Nationalversammlung zurückzunehmen.« Der Glaube an den Monarchen als guten Landesvater war unter den konstitutionell gesinnten Bürgern ungeboren.

Mit dem Verfassungsentwurf der preußischen Regierung vom 5.12.1848 lag die Revolution endgültig in ihren letzten Zügen. Die Volksvertreter in der Nationalversammlung waren kompromißbereit und der Magistrat und die Stadtverordneten der Kreisstadt Dorsten sandten dem König eine Dankadresse

für den Verfassungsentwurf, der eine Abkehr von wichtigen Grundforderungen der Revolution beinhaltete; weder war von der Gleichberechtigung aller Bürger in ihm die Rede, noch von einem gleichen Wahlrecht für alle - wieder schloß die Zensur die armen Bevölkerungsschichten aus.



Während der Wahlen zu königlich oktroyierten Verfassung schrieb ein Recklinghäuser Blatt, die künftigen Deputierten müßten Männer des Volkes sein. Politische Aussagen, welche Politik die künftigen Deputierten machen sollten, wurden nicht gemacht; der Wahlauf Ruf enthielt kaum mehr als leeres Geschwätz und eine Warnung des Amtmanns Friedrich von Tourneau: »Die rothe Republik nennt sich volkstümlich!« (6)

Die Furcht vor den niederen Klassen steckte den Bürgern zu tief in den Knochen; man akzeptierte die aufgezwungene Verfassung und die nach der Wahl entsandten Deputierten entsprachen dem hasenfüßigen bürgerlichen Verhalten. Zu den Kandidaten der konstitutionell gesinnten und besitzenden Bürger gehörte der Regierungsrat Bracht von Haus Dillenburg, der unter dem Herzog von Arenberg als Justiz- und Polizeibeamter gedient und eine Karriere als Steuereinnehmer im Bezirk Recklinghausen hinter sich hatte; im zweiten Wahlgang unterlag Bracht allerdings einem Kandidaten aus Ahaus.

Die Revolution im Vest spielte sich somit hauptsächlich in der Presse und am Stammtisch ab, eine Volksbewegung mit dem Willen, die demokratische Verfassung durch Taten zu erzwingen, konnte angesichts der politischen Rückständigkeit nicht entstehen. Trotzdem erwachte in jenen Jahren erstmals ein demokratisches Bewußtsein im Vest - ein gewaltiger Fortschritt im Vergleich zu 1830.

■ ■ ■
Karl R. Mezek

Anmerkungen:

- 1) Hermann Josef Kappen, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit von einem alten Münsteraner, Münster 1880, S. 72
- 2) Rundschreiben an die Landräte vom 26.8.1831
- 3) Zitiert bei: Franz Mehring, Zur deutschen Geschichte von der Zeit der Französischen Revolution bis zum Vormärz (1789-1847), Werbe Bd. 6, Berlin 1974, S. 307
- 4) "Recklinghäuser Wochenblatt", "Fortschritt, gemäßigter Fortschritt und Rückschritt", Beilage Nr. 5, 30.1.1847
- 5) Friedrich Engels, Die Bewegungen von 1847, in: Marx/Engels Werke, Berlin 1972, Bd. 4, S. 495/6
- 6) "Recklinghäuser Wochenblatt", "Wahlmann für Recklinghausen", Nr. 4, 27.1.1849

BLEIWÜSTE

Sind die Naturwissenschaften verantwortungslos?

Chemiker stellen Dioxin und andere Umweltgifte her, Physiker bauen Bomben, Biologen beeinflussen Gene, Mathematiker und Statistiker können als Gehilfen der "Volkszählung" und andere Überwachungsstrategien auftreten. Haben die Naturwissenschaftler eine direkte Verantwortung für diese Negatives, das sie - neben allem Positiven - bewirken?

Zunächst gilt es zu klären, was "Verantwortung" besagen soll. Das Gegenteil von Verantwortung ist Unverantwortlichkeit: ein Verhalten, das ich ausführe in dem Bewußtsein, daß es zu gravierenden Folgen führen kann, die möglicherweise nicht mehr reparabel sein können. Verantwortlich handeln heißt hingegen, mein Handeln nicht allein auf die eigenen egoistischen Ziele auszurichten, sondern auch das Wohlergehen des Anderen miteinzubeziehen.

Verantwortlich oder unverantwortlich handeln wir als Alltagsmenschen. Wir beurteilen die Handlungen der Anderen, und diese die unsrigen danach, ob sie dem Ideal der Verantwortung gerecht werden. Wenn nicht, so ist es möglich, ein Verhalten zu kritisieren, weil es den Anderen ins Verderben hat laufen lassen. Es ist sicher nicht eindeutig zu definieren, was das "Ideal der Verantwortung" ist, sicher aber ist

dieses Ideal nicht vollkommen unbestimmt. Wenn ich ein Kind am Straßenrand aufhalte, weil ein Auto kommt, wird dieses Verhalten allgemein als verantwortungsvoll gehalten.

Die Kategorie des verantwortungsvollen Handelns ist eine, die im Alltagshandeln zum Tragen kommt. Die eingangs gestellte Frage lautete, jetzt modifiziert: Tragen die Naturwissenschaften die Verantwortung für die Folgen ihres Handelns?

Diese Frage läßt sich jedoch nicht umstandslos beantworten, da in ihr neben dem Verantwortungsbegriff noch eine weitere erklärungsbedürftige Sache verborgen liegt: die des "naturwissenschaftlichen Handelns". Was ist der Unterschied zwischen dieser Art von Handlung und der Alltagshandlung, von der bisher die Rede war?

Wenn der Naturwissenschaftler als Naturwissenschaftler (quasi beruflich) Handlungen vollzieht, so tut er das, um Dinge zu erkennen. Diese Dinge kann er nur als Wissenschaftler erkennen, nicht als Alltagsmensch. Wenn dem nicht so wäre, würde es keine Trennung zwischen Alltag und (Natur-) Wissenschaft, alltäglichen Gewißheiten und wissenschaftlichen Erkenntnissen und Alltagshandlungen und wissenschaftlichen Handlungen

geben. Jeder Mensch wäre dann nicht nur Alltagswesen, sondern zugleich auch Wissenschaftler. Dann würde man nicht nur mit einem Füller schreiben, sondern auch die chemische Formel kennen, nach der die Tinte zusammengesetzt ist; wenn ich den Fernseher einschalte, wüßte ich auch um die Theorie der Bildröhre.

Aber es gibt eine Differenz zwischen alltäglichem und naturwissenschaftlichem Handeln. Worin besteht diese? Zum Beispiel darin, daß beide Handlungstypen zu unterschiedlichen Erkenntnissen über die selbe Sache führen können. Ein Beispiel: Der Kopf ist oben, die Füße unten - so sieht jeder Alltagsmensch einen anderen Menschen. Für den Naturwissenschaftler ist dieses jedoch zunächst gar nicht so klar, denn er erkennt, daß das auf die Netzhaut projizierte Bild auf dem Kopf steht.

Die Handlungen der Wissenschaftler finden nicht im Alltagsleben statt, aber wo dann?

Wenn der Physiker handelt, so tut er das in der Welt der naturwissenschaftlichen Idealitäten wie E. Husserl und M. Merleau-Ponty festgestellt haben. Diese wissenschaftliche Welt ist keine reale, sie ist mithin eine andere Welt als die Alltagswelt. Real ist all das für jeden Menschen Erfahrbare, ideal nur das dem

Naturwissenschaftler zugängliche. Die ideale Welt existiert nur unter den künstlichen Laborbedingungen der Wissenschaftler, also nicht real. Innerhalb der Laborbedingungen erforscht der Wissenschaftler die Natur; das moralische Verhalten der anderen Menschen interessiert ihn dabei nicht. Selbst die rein physiologisch verfahrenen Humanmediziner betrachten den Menschen nur als Naturobjekt. Ob der Patient außerdem noch über hervorragende geistige Qualitäten verfügt, ist dabei vollkommen unthematisk, ja der Geist wird bei der Operation durch eine Narkose ausgeschaltet. Die reine Betrachtung des Menschen als Ding führt bei manchen Ärzten so weit, nicht mehr von Herrn Meier zu sprechen, sondern vom "Blinddarm auf Zimmer 5".

Der Naturwissenschaftler handelt in einer Idealwelt und richtet sein Interesse auf die Erforschung der Natur. Der Alltagsmensch handelt im vollkommenen Gegensatz dazu in der alltäglichen Reallwelt und richtet seine Intentionen auf den anderen Menschen. Die Kategorie der Verantwortlichkeit ist ein Maßstab, der im gesellschaftlichen Alltag zum Tragen kommt, aber in der naturwissenschaftlichen Welt keinen Platz hat. Verantwortlich kann man nur gegenüber anderen Menschen im Alltag sein, doch damit beschäftigt sich der Naturwissenschaftler gar nicht. Er hat die Welt der menschlichen Verantwortung und Moral hinter sich gelassen, wenn er naturwissenschaftlich handelt.

Man könnte spitzfindig sein und sagen: Wenn der Chemiker sich schon nicht mit dem Menschen als Person befaßt, sondern mit der Natur, so kann er doch ihr gegenüber an eine Verantwortung verpflichtet werden. In der Alltagswelt ist Natur, ein Baum, eine Wiese, eine Blume. Die Natur des Wissenschaftlers besteht demgegenüber aus Teilchen, Atomen und Molekülen. Kann man einem Atom

gegenüber unverantwortlich handeln, sowie gegenüber einem Kind? Die Naturwissenschaften sind weder verantwortungsvoll noch verantwortungslos, da sie in einer Welt operieren, wo die moralische Verantwortungsfähigkeit gar keine Rolle spielt. Es läßt sich kein Bereich angeben, gegenüber dem sie Verantwortung haben könnten. Weder Mensch noch Natur.

Einstein und Oppenheimer haben als Physiker für den Bau der Atombombe plädiert bzw. diese mitgestaltet. Beiden kamen aber im Laufe der Jahre starke moralische Bedenken und sie haben sich gegen die Bombe ausgesprochen. Dieses taten sie aber nicht als Physiker, sondern als verantwortungsvolle Alltagsmenschen. Die Kategorie der Verantwortung war Einstein nicht als Physiker zugänglich, sondern erst nachdem er in den Kontext der Reallwelt eingetaucht ist, wo man die zerstörerischen Folgen real erfahren kann. Glücklicherweise, so können wir sagen, gibt es Menschen wie Einstein, die neben dem Physikerberuf auch noch politisch engagiert sind und Fehler bereuen. Denkbar ist

aber auch ein anderes Verhalten.

Ein Beispiel ist der Erfinder der Neutronenbombe, Samuel Cohen. Für ihn ist die Sache ganz einfach: Im Beruf bastelt er an seinen Neutronen, im Privatleben legt er Wert auf Sauberkeit und kümmert sich keinen Deut um die Folgen seiner Erfindung. „Wieso soll das unmoralisch sein“, fragt er sich. Er beruft sich dabei auf die Trennung der zwei Welten. „In der einen arbeite ich, in der anderen lebe ich. Die Moral kommt in der Physikerwelt nicht vor, weshalb aus ihr auch kein Auftrag resultiert, die Menschheit vor den Folgen der Bombe zu warnen.“

In der Tat treten hier die großen Fragen erst auf. Wie kann man wirksam gegen die negativen Folgen der naturwissenschaftlichen Entwicklung ankämpfen? Zumindest nur an eine, die an den Bereich der Verantwortung als Maßstab gekoppelt ist. Die unmittelbare Forschungspraxis, in der Dioxin und Bomben ursprünglich entstehen, kann es nicht sein.

Martin W. Schnell



Anzeige

SONNENBLUME

Springstraße 2
am Hauptbahnhof

... täglich frisches Brot & Brötchen
köstliche Milchprodukte sowie
Gemüse und Obst aus biologischem Anbau ...

Montag bis Freitag: 9-13 und 15-18 Uhr
Samstag: 9-13 Uhr

NATURKOST

OFFENER BRIEF

Leserbriefe, die sich kritisch mit Beiträgen in unserem Heft auseinandersetzen, sollen laut Redaktionsbeschuß nicht in der gleichen Ausgabe kommentiert werden, um eine "Chancengleichheit" zu gewährleisten. Ein Vorgehen, daß für uns oft - wie in diesem Fall - nur schwer zu ertragen ist.

Um die Diskussion für den Leser nachvollziehbar zu machen, werden die Kritikpunkte der Altstadtschmiede noch mal kurz aufgegriffen und von dem angesprochenen Autor Erich Behrendt erwidert.

Betr.: Leserbrief der Altstadtschmiede in unserer Aprilausgabe

Lieber Ronald,

Du hast im Auftrag der hauptamtlichen Mitarbeiter, des Ausschusses und des Vorstandes der Altstadtschmiede meinen Beitrag in der Märzausgabe des HOLZWURM in mehreren Punkten kritisiert.

Nach dem Stil des Briefes zu urteilen, bin ich mir mittlerweile nicht mehr sicher, ob eine sachliche Auseinandersetzung mit einigen Funktionen unseres Vereins überhaupt noch Sinn hat. Ich habe die damalige Einladung zu einem Gespräch in der Altstadtschmiede gerne wahrgenommen, genauso wie ich zu fast jeder Mitgliederversammlung der letzten acht Jahre erschienen bin.

Nur wenn einem die Worte so im Munde verdreht werden, wie Du das getan hast, muß ich da schon Böswilligkeit vermuten. Ich soll also laut Deinem Brief behauptet haben:

*„Einer monatlich erscheinenden Zeitung ist nicht der gleiche Maßstab anzulegen wie der aktuellen Tagespresse, sprich, journalistische Sorgfaltspflicht, Verarbeitung wirklich aktueller Informationen, Überprüfung von Fakten fanden nur in be-
renztem Umfang. d.h. im*

konkreten Fall auch nur unzureichend statt; Erich gelobt Besserung.“

Blenden wir kurz zurück:

Ich hatte in unser Januar- ausgabe geschrieben, daß die hauptamtlichen Mitarbeiter der Altstadtschmiede von der Stadt angestellt und für 10 Jahre für die Arbeit in der Schmiede freigestellt worden seien.

Dies wurde anläßlich unseres Gespräches in der Altstadtschmiede als nicht richtig von Eurer Seite kritisiert. Nur wie kam ich zu dieser Information?

Wie es jeder Journalist machen würde. Diese Information stammt von dem hauptamtlichen Mitarbeiter der Schmiede und Geschäftsführers des Vereins Werner Pesarra just an jenem Tag als er - laut eigener Auskunft - sein "Gelöbnis" abgelegt hat.

Dies hat Werner bei unserem Gespräch auch bestätigt; nur habe sich dies danach wieder geändert.

Und genau dazu sagte ich, daß eine Monatszeitschrift wie der HOLZWURM zwischen Redaktionsschuß und Erschei-

nen des Heftes mindestens eine Produktionszeit von einer Woche habe und dies eben der Unterschied zur Tagespresse sei. Hätte Werner Pesarra mir anschließend mitgeteilt, daß sich der oben beschriebene Sachverhalt geändert hat, so hätten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten noch versucht, diese Korrektur ins Heft einzubringen. Er hat es aber nie gemacht!

Auch für die anderen beanstandeten Punkte gilt die gleiche journalistische Vorgehensweise. Wenn ich also schreibe, daß in der Mitgliederversammlung nie beschlossen worden sei, daß das Jugendzentrum JIT von der Schmiede übernommen werden soll, so habe ich dies nochmals in einem Gespräch mit Gerd Holobar, langjähriges Mitglied des Ständigen Ausschusses und derzeitiger Kassenprüfer des Vereins absichern lassen.

Dies ist für mich um so wichtiger, wurde ich doch zu Mitgliederversammlung im September 1986 erst gar nicht eingeladen. Du unterstellst mir "Gedächtnislücken" zu haben, indem ich unter- schlage, daß bereits im Frühjahr 1984 die Schmiede mit dem Jugend-Info-Treff eine Konzeption erarbeitet

habe, die von der Mitgliederversammlung am 04.06.84 diskutiert und verabschiedet worden sei.»

Vollkommen richtig und ich fand es auch gut, daß in einer relativ frühen Phase konzeptionelle Entwicklungen begannen. Nur was hat das mit meinebn Aussagen zu tun? Nach den Verhandlungen mit der Stadt hätte man doch in der Mitgliederversammlung darüber diskutieren und abstimmen müssen, unter welchen konkreten Bedingungen nun die Trägerschaft übernommen werden soll.

Und diese Abstimmung gab es nicht. Oder sollte die Abstimmung von 1984 über die Konzeption auch gleichzeitig der Beschluß gewesen sein, die Trägerschaft zu übernehmen? Wenn ja, dann hätten die in der Konzeption genannten Punkte auch die Vertragsbedingungen mit der Stadt bestimmen müssen. Und was lese ich da auf Seite 7 der Konzeption: *»Langfristiger Miet-, Nutzungs- oder Überlassungsvertrag (25 Jahre), der den Fortbestand der Arbeit unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Rat der Stadt RE garantiert.«*

Das sollte ein Eckpfeiler der "Selbstverwaltung" sein. Und obwohl der Vertrag wie eine geheime Verschlusssache gehandhabt wird, wurde doch zugegeben, daß das Mietverhältnis von Seiten der Stadt jährlich (!) kündbar ist. Und das gilt offensichtlich für den gesamten Komplex Kellerstr./Schwertfegergasse!

(Apropos "Gedächtnislücken": Du hast mir selber 1984 ein Exemplar der zitierten Konzeption zur Verfügung gestellt, schon vergessen?).

Gleiches gilt für all die ehemaligen Mitarbeiter der Altstadtschmiede, die der Schmiede nicht mehr gerade wohlgesonnen sind und zum Teil viel heftigere Vorwürfe erheben. Von 1976 bis heute, von Tom Klatt bis Joachim Polnauer könnte ich alleine mit den mir bekannten Personen eine HOLZWURM-Serie für ein Jahr schreiben.

Du schreibst dazu im Auftrag der Schmiede, dies seien *»Phantasieprodukte, der Fachmann bezeichnet dies als Projektion«*. Ich hoffe all die Leute, in dessen Auftrag Du geschrieben hast, wissen, was dieser Begriff beinhaltet. Oder um auf Deinen polemischen Stil einzugehen: Eine gewisse Reflexion Deiner sozialarbeiterischen Tätigkeit wäre mal wieder angebracht, der Fachmann/die Fachfrau bezeichnet dies als Supervision.

Es wäre nett, wenn Ihr Eure Kritik auf den Punkt bringen könntet und nicht wie bei unserem letzten Gespräch nebulös und verallgemeinernd im luftleeren Raum stehen

die Wahlen stattfinden. Und wenn Du behauptest, diese habe schon im September stattgefunden, dann war - in wessen Namen auch immer - diese Mitgliederversammlung die Jahreshauptversammlung, auch wenn dort keine Wahlen stattfanden und auch der Begriff Jahreshauptversammlung in der Satzung gar nicht vorkommt!

Ich habe während unseres Gespräches in der Schmiede mehrmals darauf gedrängt, Kritikpunkte zu konkretisieren. Ein solcher Punkt sei - so Werner Pesarra - ein verfälschendes Zitat aus der offiziellen Eröffnungsansprache zur "Schlüsselübergabe" am 13.12.86 gewesen. Dort



Altstadtschmiede während des Umbaus

läßt. Diese Vorgehensweise erweckt vielmehr den Eindruck, daß zumindest einigen von Euch radikale Kritik schlechthin unangenehm ist. Dann sucht man eben krampfhaft nach Ansatzpunkten.

Wenn sie sich allerdings im Kern auf eine Richtigstellung wie *»es war nicht die Jahreshauptversammlung sondern die Mitgliederversammlung«* beschränken, dann mag sich der Leser sein eigenes Urteil bilden. Für mich ist eine Jahreshauptversammlung eine Mitgliederversammlung, an der

taucht die Charakterisierung der Altstadtschmiede als *»gefährliche Brutstätte soziokulturellen Geistes«* auf.

Dieser Ausdruck sei ohne Anführungsstriche wiedergegeben worden und dies sei falsch. Irrtum! Vorstandsmitglied Werner Hartmann hat mir drei Tage später das Manuskript zugeleitet - von Anführungsstrichen keine Rede!

Nun will ich auf diesen Quatsch gar nicht weiter eingehen, soll es doch nur

offener brief

deutlich machen, daß Euch meine Kritik unangenehm ist; berührt sie doch wunde Punkte. Und in der Folge zieht Ihr Eure Argumente an den Haaren herbei, gefährdet selber die Vereinsarbeit und schreckt auch nicht vor Verfälschungen zurück.

Ich habe auf der letzten Mitgliederversammlung darauf gedrängt, daß die Funktion des Geschäftsführers zumindest durch einen Beschluß der Mitgliederversammlung abgesichert wird, da die Satzung diesen Geschäftsführer nicht vorsieht.

Zu einem solchen Beschluß konnte man sich aber nicht durchringen. Um nun diesen Geschäftsführer zu legitimieren, gehst jetzt sogar soweit, ein über 10 Jahre altes Protokoll der Mitgliederversammlung vom 08.11.1976 (!) zu zitieren, wonach Werner Pesarra zum Mitglied des geschäftsführenden Vorstands gewählt wird.

Also nicht nur Geschäftsführer, sondern geschäftsführendes Vorstandsmitglied und dies offensichtlich auf Lebenszeit, denn danach ist ist dies ja wohl nie wieder erfolgt. Was auch nichts anderes heißt, daß Werner sowohl als Sozialarbeiter Angestellter des Vereins "Altstadtschmiede e.V." ist, als auch seinen eigenen Geschäftsführer mimt. Ich habe diesen Punkt auch damals nur im Rahmen meiner Betrachtungen zum Anspruch auf Selbstverwaltung diskutiert und kann Euch nur warnen, sich auf die rechtlichen Konsequenzen Eurer Aussagen zu besinnen.

Zum Punkt der Selbstverwaltung nochmals ganz knapp:

Ihr behauptet also weiterhin eine selbstverwaltete Einrichtung zu sein. Und ich sage ganz einfach: Ein Recht auf Mitsprache, Mitgestaltung u.s.w. haben nur die Mitglieder des Vereins. Der normale Besucher/Besucherin kann nur

Mitglied des zentralen "Selbstverwaltungsgremiums" Ständiger Ausschuß werden, wenn er vorher Mitglied des Vereins geworden ist und von den Mitgliedern gewählt wird. Sonst kann er sich nur auf das Gutdünken der Hautamtlichen und des Ausschusses verlassen. Was das für eine Selbstverwaltung sein soll, weiß ich nicht. Das Heinrich-Pardon-Haus war da mit seinem Hausrat schon immer weiter.

Bezeichnend ist auch, daß in all den letzten Gesprächen und Veröffentlichungen sich noch nie jemand von Euch in der Lage sah, mal Euren Begriff von Selbstverwaltung zu definieren!

Oder sollte doch die bereits angesprochene Konzeption von 1984 einige Aussagen treffen? Und man wird wirklich auf Seite 8 fündig. Aber nein, die dort aufgeführten fünf Punkte für den "Funktionsrahmen für die Selbstverwaltung" können doch nicht ernst gemeint

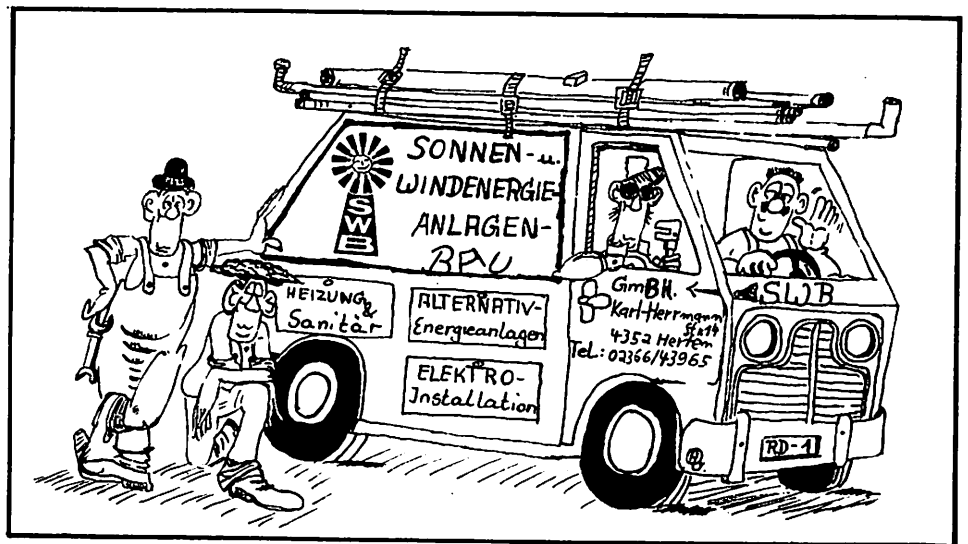
sein. Steht da doch zum Beispiel *»Generelle, aktive Informationspflicht aller Gremien und Einzelpersonen«*. Dabei kann es sich doch wohl um die Altstadtschmiede handeln?!

Zum Schluß behauptest Du, ich würde mein eigenes Süppchen kochen und wider besseren Wissens ein Presseorgan mißbrauchen. Was das für ein Süppchen sein soll, werde ich in einem persönlichen Gespräch zu klären versuchen. Jedenfalls sollten Leute, die ihr Geld mit der Arbeit in dem "selbstverwalteten soziokulturellen Zentrum" verdienen, mal in ihre eigene Suppe schauen.

Erich Behrendt

P.S.: Für eine weitere, sachliche Diskussion (falls diese überhaupt noch von Euch gewünscht wird) wäre es mit angenehm, wenn wir uns auf Aussagen beschränkten, die tatsächlich von mir oder Euch getätigt werden.

Anzeige



Feste Termine

Montag

- 19.00 Frauennotruf
Tel. 15457 (bis 22.00)
- 19.00 Redaktions-sitzung der "Antifaz", Autonomes Zentrum "Krim"
- 19.30 Öffentl. Ausschus-sitzung i.d. Altstadt-schmiede

13.00 Bürozeiten der bis Volkszählungsini
14.00 Sammlung der Bögen; und montags bis freitags
18.00 bis 20.00

- 19.30 Chor der Reckling-häuser Gewerkschafter Musikschule, Im Rom
- 20.00 Redaktions-sitzung des "Fachwerk". Ökumeni-Ökumenisches Zentrum, Nordseestr.
- 20.00 DIE GRÜNEN (Plenum) Herner Str. 43

Dienstag

- 16.00 Öffentlichkeitsar-beitsgruppe d. Alt-stadtschmiede
- 19.30 DIE GRÜNEN/Kaffee + Tee - Diskussionsrunde Herner Str. 43
- 20.00 DFI-Gruppentreffen Am Lohtor 1
- 20.00 DIE GRÜNEN, AG Umwelt, Herner Str.43.
- 20.00 Treff junger Frauen Frauenzentrum
- 20.00 Plenum für alle Frau-en der Initiativen und Einzelfrauen im Frau-enzentrum jeden 2. Dienstag i.M.

Mittwoch

- 18.30 Attatroll Buchladen, Gruppentreffen
- 19.00 Antifaschistisches Forum, jeden 1. Mitt-im M., Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 DFG/VK, jeden 2. Mi. i.M.; Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 I.G.Dritte Welt (Städtepartnerschafts-Initiative Reckling-hausen-Sebaco) Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 Die Grünen Fraktionssitzung Herner Str. 43
- 20.00 BI Atom-Stopp Autonomes Zentrum "Krim"
- 20.00 Antifaschister Bund Altstadtschmiede

Donnerstag

- 17.00 Kulturgruppe/Programm-erstellung d. Alt-stadtschmiede
- 19.00 Lesbengruppe Frauenzentrum
- 19.00 Frauennotruf Tel. 15457 bis 22.00
- 20.00 Sitzung der Frauen-notrufgruppe Frauenzentrum
- 20.00 Amnesty International, jede ungerade Woche Herner Str. 13a
- 20.00 "Muttermilch ein Menschenrecht e.V." jeden 1.Do. i.M. Autonomes Zentrum "Krim"
- 20.00 Jazzinitiative Altstadtschmiede

Freitag

- 18.30 Initiative gegen Ausländerfeindlich-keit, Heinrich-Pardon-Haus
- 18.30 HOLZWURM Öffentliche Redak-tionssitzung
- 20.00 Volkszählungsboykott-gruppe (Vobo) Münsterstraße 2a
- 20.00 Beratung von Kriegs-dienstverweigerern, jeden 1.+ 3. Freitag im Monat Heinrich-Pardon-Haus
- 20.00 Friedensinitiative Quellberg/Ost Gaststätte Alt Hillen
- 20.00 Friedensinitiative West Gaststätte Pauluseck

Adressen

Allgemeine Vereinigung Ar-beitssuchender (AVA) RE, Martinistr.36 02361/182114

Altstadtschmiede Soziokulturelles Zentrum, Kellerstr.10 (wird z.Z. um-gebaut) Kontakt: 02361/21212

Amnesty International c/o Dorothe LÜke, RE, Nord-seestr. 33, 02361/498432

Antifaschistischer Bund (AFB) Falko Wieneke, RE, Herner Str. 8 02361/27302

Arbeitslosenzentrum RE-Süd, Pavillion am Sportplatz Sauerbruchstr. Mo-Fr 9-17 Uhr 02361/61115

Attatroll Buchladen Herner Str.16 02361/17002

Autonomes Zentrum "Krim", Münsterstr.2a 02361/15698

Baukollektiv Ulmenstr.17,RE, 02361/36774

Begegnungs- und Beratungs-zentrum, Bochumer Str. 02361/33683

Bürgerinitiative "Atom-Stopp", c/o Ulrike Water-kamp, Kirchplatz 3 4350 Recklinghausen

Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ), Kemnastr. 7 02361/21073

Demokratische Fraueninitiative (DFI), c/o Waltraud Weber, RE Hillen 15, 02361/47697

Deutsch-Türkischer-Verein, RE, Am Steintor 5, 02361/17483

Deutsche Kommunistische Par-tei, RE, Wiener Str. 02361/31437

Deutsche Friedensgesell-gesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), c/o Jürgen Pawlik, Sedan-str. 16 Tel. 61143

DGB-Kreisjugendausschuß RE, Dorstener Str. 27a, 02361/21040

Drogenberatung (DROB) RE, Hochlarmarkstr. 72 02361/36022

Fachwerk Stadtteilzeitung, Nordseestr. 104

Fahrradladen B0, Herner Str. 119, 0234/582826

Familienbildungsstätte RE, Kemnastr.23a 02361/22551

Frauenzentrum, RE, Am Loh-tor 1, 02361/15457

Freie Arbeiter Union Postlagerkarte 064162A, RE

Friedensinitiative Nord c/o Rüdiger Mack, Börster Weg 60b 02361/ 182214

Friedensinitiative Quell-berg/Ost c/o Vitus Lersch, RE, Nord-seestr. 114, 02361/492083

Friedensinitiative Süd c/o Albrecht Weidling, RE, Neustr. 51, 02361/67020

Friedensinitiative West c/o Jürgen Flüchter, RE, Milchpfad 26, 02361/182723

Gleichstellungsbeauftragte Tella Kitschke, RE, Stadthaus, Eingang C, Zi. 6 (di-fr 8.30 bis 12.30) 02361/587833

DIE GRÜNEN, Fraktion Rathaus, Zimmer 117 Mo-Fr 9-13 Uhr, 02361/587462

DIE GRÜNEN, Stadtverband Herner Str. 43 02361/181241

Heinrich-Pardon-Haus Jugendzentrum, Wichernstr. 4, 02361/44666

"Grauzone" Cafe-Kneipe Oerweg 53

HOLZWURM Zeitschrift für Recklinghausen und Umgebung, Münsterstr. 2a, 02361/15698

Informationszentrum für Um-welt- und Naturschutz Dortmund Str. 262 02364/492696

Initiativgruppe 3.Welt c/o Gisela Schröder 02361/28549

Initiative gegen Ausländer-feindlichkeit Martin Upphof, Ginsterweg 4, 4370 Marl-Sinsen 02365/84927

Jugendzentrum Marienstr. RE, Marienstr. 2 02361/36209

Junges Forum Ruhrfestspielhaus, 02361/15521

Jungsozialisten RE, Paulusstr.45 02361/29329

MLPD c/o Christoph Klug RE, Schützenstr. 16

"Muttermilch - ein Menschen-recht e.V. c/o Annette Holt-hausen, Westerholter Weg 16 02361/31292

Netzwerk Ruhr-Ost Dortmund, Langestr.79 0231/ 143123

Pro Familia Beratungsstelle, RE, Springstr.11 02361/26701

Rote Hilfe Deutschland c/o Almuth Euler, RE, Immen-kamp 21 02361/12657

Selbstorganisation der Zi-vildienstleistenden c/o Michael Bodin, Joh.-Se-bastian-Bach-Str. 26, RE 02361/14783

Sozialistische Deutsche Ar-beiter Jugend (SDAJ) c/o Gitti Jüsten, RE, Marienstr. 73, 02361/61484

Sonnenblume Naturkostladen, Springstr., 02361/13927

Theater im Depot RE, Castroper Str. 23

Türkischer Arbeiterverein RE, Marienstr. 4, 02361/62564

Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Dortmund Str.11, RE 02361/22551

Verbraucherberatung RE, Breite Str. 11 02361/24101

Volkshochschule, RE, Herzogswall 17, 02361/587383

Volkszählungsboykottgruppe c/o Autonomes Zentrum, RE, Münsterstr. 2a

Wurzel Naturkostladen König-Ludwig-Str. 24, 02361/32531

Bitte Änderungen sofort an uns weitergeben. Telefon: 15698 Stand: 17.4.87

TERMINE

Altstadtschmiede

7.5. Jazzinitiative
19.00 Livesessions,
Plattenhören, Klönen

8.5. Georg Rist
20.00 Flamenco Gitarre.
Der Regensburger virtuose
zaubert auf seinem Instrument
eine Reise nach Spanien

13.5. Volkszählungsrevue
20.00 Theater "Zwischen
Tür und Angel" & ex Eddie
Elend. Das erste konsequent
positive Kabarett in der BRD
ist während seiner Mamut-
tournee, aus aktuellem Anlaß
in der Altstadtschmiede zu
Gast

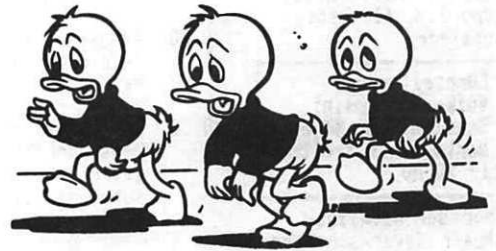
14.5. Jazzinitiative
19.00

15.5. Phil Shackleton
20.00 Seine LPs "Sylkie"
und "Shooting a movie" weisen
den englischen Gitarristen und
Sänger als zukunftsweisendes
Talent aus

17.5. Kindertheater
15.30 Huckefuck
Ein Stück für Kinder jeden
Alters, gespielt mit lebens-
großen Puppen. Die Veran-
staltung findet im neuen Haus
statt, so daß keine Gefahr be-
steht, daß Kinder wegen Über-
füllung wieder nach Hause ge-
schickt werden müssen, Ein-
tritt DM 3

21.5. Jazzinitiative
19.00

23.5. Laut & Läutig
20.00 Musikkabaree



Ruhrfestspiele Festspielhaus

ausverkaufte Vorstellungen
sind nicht aufgeführt. Kar-
tenbestellungen: Tel. 25300
oder 25350.

Fr, Kulturvolksfest
1.5. zum 1. Mai/Eröff-
9.00 nung der 41. Ruhr-
festspiele; bis abends

Fr, Seelenarbeit
8.5. Ein szenisches So-
20.00 lo nach dem
gleichnamigen Roman von Martin
Walser

So, Seelenarbeit
10.5. Ein szenisches So-
20.00 lo nach dem
gleichnamigen Roman von Martin
Walser

Di, Stigma
12.5. Passion von
19.30 Felix Mitterer
auch am
Mittwoch

Fr, Hoch hinaus
15.5. Volksstück von
19.30 Heinz R. Unger
auch am
Samstag

Mo, Deutschland, ein
25.5. Winternächten
19.30 von H. Heine

Mi, Der Packesel
27.5. Komödie von J.
19.30 Arden
täglich bis
So, 31.5.

Volkshochschule Herzogswall 17

Mo, Tauschbörse
10.5. Kletterpflanzen
18.00

Mo, Mehr Grün in der
11.5. Stadt
19.30 Eine Podiumsdis-
kussion mit der "Umwelt-
schutzkoordinatorin" Gabriele
Pierstadt und anderen Fach-
leuten



Theater im Depot

Mi, 6.5. 20.00 auf am Freitag	Kärl, wat'n Zirkus Menschen Tiere Notausgänge	Mo, 11.5. 20.00 von Johann Nestroy auch am Dienstag	Frühere Verhält- nisse Posse mit Gesang
Sa, 9.5. 20.00	Boker Mime Theatre aus Israel	So, 17.5. 20.00 auch am Montag u. Dienstag	Happy Jack v. John Godber
So, 10.5. 20.00	Fließband Lapaloma Ein deutscher Schlagerabend		



Volksszählung

Musik



Mo, 4,5, 19.30	Informationsver- anstaltung in der Gaststätte "Zum Tell", Tellstraße
Mi, 6.5. 20.00	Informationsver- anstaltung in der Gaststätte "Jäger- hof", Rosenst. 19
13.5. 20.00	Volksszählungsrevue Theater "Zwischen Tür und Angel" & ex Eddie

Elend. Das erste konsequent positive Kabarett in der BRD ist während seiner Mamut-tournee, aus aktuellem Anlaß in der Altstadtschmiede zu Gast

Mi,
13.5.
20.00

Informationsver-
anstaltung in der
Gaststätte "Haus
Sassenhof", Salen-
tinstr. 262

30.4.
19.00

Golden Bough
Irish Folk in der
"Sonne", Herne 1,
Feldkampstr. 90

30.4.
20.00

Live im Treff
Ferry Boat Bill
An diesem Abend
rockt die, seit der Veröf-
fentlichung ihrer ersten LP,
weit über die Grenzen des
Ruhrgebiets bekannte Band mit
scharfen Gitarrenkängen in den
Mai. Die Vorbilder der vier
Musiker liegen bei den "Byrds"
und "Velvet-Underground".
Initiative "Kulturschock" im
Bürgerhaus Herten-Süd, Hans-
Senkel-Platz 1, Eintritt DM
4/5
(Foto)

Frauzentrum

9.5.
15.00

Wiedereröffnung
des Frauencentrums
mit Informationen, Kulturpro-
gramm, Schwoof, Bier, Kuchen,
Kaffee

17.5.
17.00 § 218

Die Aushöhlung des
Das neue Beratungsgesetz, eine
Veranstaltung mit Pro-Familie-
Vertreterinnen

13.5.
19.30

Frauenplenum
Das erste Treffen
Eingeladen sind alle Reck-
linghäuser Frauengruppen und
interessierte Einzelfrauen
zwecks Informationsaustausches



22.5.
19.30

Insane Orchids
The Deviant
Eine Veranstaltung
der Initiative "Kulturschock"
im Bürgerhaus Herten-Süd,
Hans-Senkel-Platz 1

So,
31.5.
20.00

Anne Mylie Band
Spezialitätenclub
im Schloß Herten,
Eintritt DM 5

TERMIN

Papstbesuch '87

Warum bei SEINEN Auftritten nichts schief gehen kann



Hier geht's zum
Fegefeuer



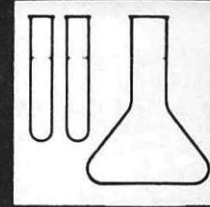
Fegefeuer -
rette sich, wer kann!



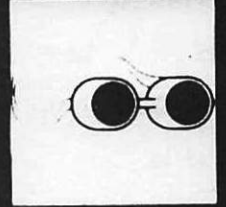
Letzte Ölung



Exorzistenservice



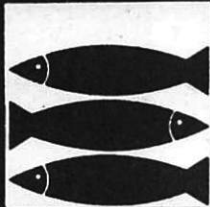
Dopingkontrolle



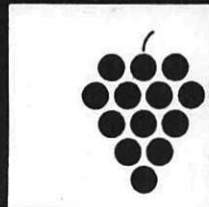
Achtung, Marien-
erscheinung -
Schutzbrille tragen!



Ham 'mer heute
schon gebeichtet?



Hier große Fische-
vermehrung



Hier wird Wasser
in Wein verwandelt



Achtung! -
Weihrauchgefahr!



Dies ist mein Blut



Dies ist mein Fleisch

DIE NEUE VAMPYRETTE[®]
15% GRÜNDLICHER
ALS DER PAPST

AEG



KEINE ANZEIGE